

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer mit 5 Pf. Sonntags-Nummer mit 10 Pf. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 5,30 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Osterrreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 2 Mark 10 Pf. Monat. Einzelne in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1892 unter Nr. 6493.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereine- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags bei der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortl. Aufsicht: Amt 1, Nr. 4156.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Strasse 2.

Mittwoch, den 15. Juni 1892.

Expedition: SW. 19, Bentz-Strasse 3.

Aus England.

Die Pfingstwoche hat verschiedene interessante Kongresse verammelt gesehen. In London tagte der Internationale Bergarbeiter-Kongress, in Plymouth der dritte Jahreskongress der Gas- u. Arbeiter-Union, in Leeds — seit sieben Jahren zum ersten Mal wieder — ein Kongress der Vereinigten Gewerkschaft der Maschinenarbeiter, in Stafford der zehnte allgemeine Kongress der Union der Schuhwaren-Anfertiger. In Rochdale war der 24. Jahreskongress der englischen Genossenschaftler („Cooperators“) verammelt und in Derby die Jahreskonferenz des Manchesterbundes der Oldfellows, einer der stärksten englischen Hilfsklassen. Daneben fanden noch allerhand kleinere Konferenzen statt, die aber meist nur lokales Interesse beanspruchen.

Die Liste, wie ich sie hier gebe, ist bunt genug. Sie verzeichnet den alten und den neuen Unionismus, Verbindungen orthodoxer Selbsthilfser und vom Geist des Sozialismus erfüllte Organisationen. Die äußerste Rechte bilden die Oldfellows, so daß der Zusatz „Manchester“ zu ihrem Titel, obwohl er nur den Stammsitz des Bundes anzeigen soll, als eine Art Omen bezeichnet werden könnte. Die 700 000 Mitglieder zählende Verbindung steht unbewegt auf dem Boden der alten Manchesterdoktrin. Es zeigte sich das in klassischer Weise in der Stellung der Konferenz zur Frage der Altersversicherung. Daß sie sich gegen jede staatliche Versicherungsanstalt ablehnen würde, war vorausgesehen und erklärt sich durch den tiefen Selbsterhaltungstrieb. Aber sogar der Chamberlain'sche Plan, der die Friendly Societies als Versicherungsorgane anerkennt, ihnen pro versichertes Mitglied einen bestimmten Staatszuschuß ohne Staatskontrolle zuweisen will, fand keine Gnade vor den Augen der Konferenz. Von Seiten des Staates anzunehmen, daß ein Mann in diesen Tagen nicht im Stande sei, genügend zu verdienen, um so viel bei Seite zu legen, daß er sich im vorgerückten Alter ohne Staatsunterstützung erhalten kann — heißt es in dem Bericht des Großmeisters des Bundes — würde eine höchst demoralisierende Wirkung haben, unpolitisch in Bezug auf die inneren Angelegenheiten des Landes und geeignet sein, jene Unabhängigkeit des Charakters zu zerstören, die in der Vergangenheit so viel dazu beigetragen hat, das Volk zu heben und zur Sparsamkeit auf der einzig wahren und richtigen Grundlage: Fleiß, Selbsthilfe und Selbstentfaltung zu ermuntern. Darum keine Staatshilfe in irgend welcher Gestalt, die Staatsunterstützung an die Friendly Societies würde nur ein Vinsengericht sein, für das man ihnen ihre Unabhängigkeit nehmen würde.

In diesem Sinne nahm denn auch die Konferenz Stellung. Nur eine sehr schwache Minderheit sprach sich beizugl. für Unterstützung durch den Staat und zwangsweise Altersversicherung für alle Mitglieder des Bundes aus. Die übergroße Mehrheit wollte davon nichts wissen. Krisen und Arbeitslosigkeit scheinen für diese Leute unbekannte Begriffe.

Feuilleton.

Abdruck verboten.)

(137)

Am Webstuhl der Zeit.

Zeitgenössischer Roman in 3 Bänden von H. Otto Walster.

„Nun, meine Herren!“ schrie der alte Fabrikant, Herr Wehrhahn, halten Sie Ihre Sprachwerkzeuge im Zaume, man versteht sein eigenes Wort nicht. Zum Donnerwetter, Herr Kollfuß, Sie schwächen ja gerade wie ein altes Weib.“

„Herr Findeisen, ich verbitte mir diese bespektirliche Kenpferung von ihrer Seite,“ entgegnete der Zurechtgewiesene küßig.

„Wer heute nicht der Ordnung sich fügen will, den lassen Sie nur getrost an die Luft sehen, Herr Tieftraum,“ rief Dr. Rasmann, indem er ein saftiges Stück Lendenfleisch hinunterschluckte.

„Haben Sie das gehört, Herr Kollfuß?“ rief Findeisen.

„Was? man will mich an die Luft sehen, mich? den Schwiegervater des Handelsministers? Das möchte ich doch wirklich sehen,“ rief aber unerschütterlich der Möbelfabrikant.

„Herr Dr. Luz ist nicht mehr Handelsminister, er hat sein Portefeuille heute definitiv niedergelegt,“ bemerkte Dr. Benjamin.

Auf dem Festbankett, welches die Distriktssektion für Derby dem Kongress gab, präsidirte Sir William Harcourt, der Derby im Parlament vertritt und unter Gladstone Minister war und wieder zu sein hofft. Herr Harcourt, der Urheber des gesägten Wortes: „Wir sind heute alle Sozialisten“, gab einen guten Beweis seiner Anpassungsfähigkeit und pries die Selbsthilfe der „Friendly Societies“ über alle Maßen. Auch benutzte er mit Vergnügen die Gelegenheit, seinem Ex-Kollegen und jetzigen politischen Gegner Chamberlain einige Seitenhiebe zu ertheilen. Mit der Vinsenwahrheit des Zukunfts-Finanzministers, daß der Staatschatz aus den Taschen der Steuerzahler zusammenfließt, lodt man heut keinen Hund hinter dem Ofen hervor.

Ein etwas freierer Geist als unter den Oldfellows herrschte auf dem Kongress der Genossenschaftler. Auch sie sind im Wesentlichen Selbsthilfser, aber sie verstehen das vieldeutige Wort Selbsthilfe in einem nicht ganz so engberzigen Sinne wie die Spar- und Versicherungskassen-Apostel. Wie in der Gewerkschaftsbewegung macht sich auch in der Genossenschaftsbewegung das Bedürfnis geltend, die Basis des bisherigen Wirkungsgebietes zu erweitern. Diese Bestrebungen werden von der, die Dinge stets nach der äußeren Erscheinung beurteilenden Tagesjournalistik als „neue Ideen“ bezeichnet, während sie in Wirklichkeit nur den Zeitverhältnissen angepaßte Wiederaufnahmen der Traditionen aus der Jugendzeit der Bewegung darstellen.

Diese gehen, was die Genossenschaften anbetrifft, bekanntlich auf den Sozialismus Robert Owen's zurück; die Rochdaler „Equitable Pioneers Society“, welche sozusagen die Honneurs des Kongresses machte, dankt ihr Entstehen der Initiative von Anhängern Robert Owen's. Sie scheint noch immer finanziell gut zu stehen, und mit Stolz hob ihr Präsident, Cheetham, auf dem Kongress hervor, daß von ihren Ueberüberschüssen regelmäßig fünf Prozent für Bildungszwecke u. verwendet werden, daß jede der 26 Niederlagen der Genossenschaften ein komfortables Besesszimmer mit Nachschlagebibliothek habe und ihre Zentralbibliothek mit 40 000 Bänden unausgesetzt stark in Anspruch genommen werde.

Im Ganzen betrug die Zahl der eingeschriebenen Genossenschaften in Großbritannien Ende 1891 1624 mit 1 191 869 Mitgliedern (gegen 1554 mit 1 117 055 Mitgliedern im Jahre 1890). Das Aktienkapital derselben belief sich auf rund 13 Millionen Pfund Sterling, die Summe der Verkäufe auf rund 43 Millionen Pfund Sterling und die Summe der Ueberüberschüsse auf rund 5 Millionen Pfund Sterling. Die große Mehrheit dieser Genossenschaften sind reine Konsumvereine, nur etwa 10 Prozent — genau 157 — sind Produktivgenossenschaften. Außerdem besitzen eine Reihe von Konsumgenossenschaften eigene Malmühlen, die aber nicht extra registriert sind. Die 157 Produktivgenossenschaften besitzen zusammen ein Kapital von rund 1 318 000 Pfund Sterling und erzielten im abgelaufenen Jahre 175 000 Pfund Sterling Gewinn. Auf wie viel Mitglieder derselbe sich vertheilt, ist in dem mir vorliegenden

„Niedergelegt? so? nun, das ist ja eine nette Bescheerung! Ich gebe ihm meine Tochter ohne Kaution, weil er Minister geworden, und er legt sein Amt nieder. Das hätte ich wissen sollen! Glücklicherweise hat er seine Wittigst noch nicht zur Hälfte und soll auch keinen Groschen weiter bekommen. Aber es ist gut, ich bescheide mich, ich werde schweigen.“

„Ist es wahr, Herr Findeisen,“ frug jetzt der geheime Schulrath und Redakteur, Professor Birnemann, „daß Ihr Sohn im engsten Zusammenhange mit den Rebellen steht?“

„Im engsten Zusammenhange nicht, aber er verkehrt mit ihnen. Das weiß der liebe Gott, wie meine Kinder aus der Art schlagen; es kommt dies wahrscheinlich von meiner seligen Frau her. Doch morgen früh werde ich ihn gehörig ins Gebet nehmen und ihm mit Enterbung drohen, wenn er sich nicht, gleich mir, morgen der Regierung zur Verfügung stellt.“

„Bravo, bravo!“ erscholl es von allen Seiten.

Dr. Rasmann hatte sich inzwischen hinreichend gestärkt und begann nimmehr:

„Ich hoffe Sie Alle morgen mit der weißen Binde am Arme in meiner Nähe zu sehen, denn wir bedürfen, schon des guten Eindrucks willen, der Erscheinung der Bürgerschaft bei den Ereignissen, die sich vorbereiten.“

„Also wirklich, wirklich Revolution?“ rief es in der Runde.

„Sprechen Sie nicht von Revolution, das heißt der Sache einen zu gewichtigen Namen beilegen, da es sich um weiter nichts, als um eine gewöhnliche Arbeiterrevolte handeln kann.“

den Bericht nicht angegeben. Dagegen sei noch erwähnt, daß der großen englischen Engros-Zentralgenossenschaft in Manchester jetzt 966 lokale Genossenschaften, der schottischen Engros-Genossenschaft 268 lokale Genossenschaften als „Mitglieder“ angehören. Der Abfah der Ersteren betrug 1891 gegen 9 Millionen Pfund Sterling, der der Letzteren gegen 3 Millionen Pfund Sterling, der Geschäftsgewinn 135 000, bezw. 84 000 Pfund Sterling.

Das sind Alles in Allem wirklich ganz ansehnliche Zahlen, und wie gering man immer den Werth der Genossenschaften, so wie sie heute sind, veranschlagen mag, so wäre es doch falsch, eine Bewegung, die derartige Massen repräsentiert, zu ignorieren. Es fragt sich eben nur, ob es möglich ist, sie aus der Treitmühle der kleinlichen Profitmacherei emporzuheben zu wirklichen Faktoren der Emanzipationsbewegung der Arbeiter. Denn darüber kann unter Eingeweihten kein Zweifel herrschen, daß die Profite der Genossenschaften, ganz abgesehen davon, daß sie zum Theil nur imaginär, eine andere Form von Spargrößen der Konsumenten sind, auf die Masse der Genossenschaftler höchst korumpirend wirken. Die besseren unter den Genossenschaftsanwärteln gestehen das selbst ein und haben ihre liebe Mühe, das Uebel, das sie mit großgezogen, wieder auszuwollen.

Zum Glück werden sie dabei durch die Entwicklung der industriellen Verhältnisse wirksam unterstützt. Bevor die Arbeiter Konsumenten sind, sind sie selbst erst Produzenten und empfinden die Wirkungen der Konkurrenzwirtschaft an ihrem eigenen Leibe. Ferner bringt die Ausbreitung der Genossenschaften von selbst frisches Blut in die Bewegung. Auch in dieser Hinsicht ist's mit den Genossenschaften wie mit den Trades Unions. In ihrer Exklusivität liegt ihr Hauptfehler. Sobald sie eine Ausdehnung erreicht haben, bei der die Exklusivität in die Brüche geht, werden die Mitglieder früher oder später mit Nothwendigkeit auf die Unzulänglichkeit dieses Hilfsmittels gestoßen. Insofern ist es interessant zu beobachten, wie sich seit etlichen Jahren Genossenschaften und Trade-Unionisten auf ihren Kongressen besuchen, einander anklagen — die Trade-Unionisten das Schwizarbeitssystem praktizieren, „Schwarzarbeit“-Fabrikate verkaufen u., die Genossenschaftler die Trades-Unionisten, daß sie ihre Konsumartikel in Geschäften kaufen, deren Profite in die Taschen von Ausbeutern fließen und überhaupt eine rein negative Politik beobachten — und schließlich sich das Versprechen geben, künftig mit einander Hand in Hand zu marschieren. Das geschah natürlich auch diesmal. Als Vertreter der Trade-Unionen hielt Tom Mann einen Vortrag über die Pflichten der Genossenschaften gegen die Gewerksvereine. Ihre Geschäfte müßten in Bezug auf Arbeitsbedingungen Musterinstitute sein, und sie selbst müßten an allen Arbeiterdemonstrationen theilnehmen, namentlich auch an der Maidemonstration, dem Festtag der Arbeit. Dafür wurde Tom Mann an die Gegenpflichten der Trade-Unionisten erinnert, nur bei den Genossenschaften einzukaufen, und nachdem er für seine Person durchaus zufriedenstellende Er-

„Und ist für die Unterdrückung derselben hinreichend gesorgt?“ frug Wehrhahn.

„Wir thun unsere Schuldbigkeit,“ entgegnete der Ministerpräsident mit Würde. „In einigen Tagen wird eine imposante Streitmacht von allen Seiten die Stadt umziehen, denn ich habe, weil vielfach die Telegraphendrähte von Freolerhand zerschnitten worden, reitende Boten nach allen Seiten ausgesendet. Einstweilen werden die 16 000 Mann Kerntuppen, die wir hier haben, zur Aufrechterhaltung des proklamirten Belagerungszustandes genügen.“

„Belagerungszustand?“ riefen hier viele Stimmen erschrocken.

„Ja, Belagerungszustand, denn man muß den Anfängen vorbeugen, obwohl ich noch immer an dem Muth dieser Rebellen zweifle. Bei energischer Durchführung des Belagerungszustandes ist an ein Bauen von Barricaden nicht zu denken, und ohne Barricaden richtet der Pöbel nichts aus. Das Militär wird in dieser Zeit einen anstrengenden Dienst haben, doch wird man es dafür auch besser verpflegen, und wir rechnen hierin außerdem auf die Freigebigkeit der gutgesinnten Bürger. Sobald der Belagerungszustand in Kraft getreten, lasse ich nach und nach eine Straße nach der anderen absperren und in allen Häusern die strengste Nachforschung anstellen. Es sind viele fremde Arbeiter in der Stadt, die ich auf den Schub bringen lassen werde. Binnen acht Tagen denke ich auf diese Weise, und hoffentlich ohne Blutvergießen der beabsichtigten Erhebung den Garaus gemacht zu haben und Sr. Majestät, deren Rückkehr binnen Kurzem zu erwarten ist, eine vollständig beruhigte Stadt zeigen zu können.“

„Und jene Räubersführer, den Dr. Langs, den Franz, den Wiesner?“ fragte der Kaufmann Röllmann, dessen gelbe

Klärungen abgegeben, schloß die sehr erregte Debatte zu allgemeinem Wohlgefallen.

Ein anderer Vortrag, der auf dem Kongress gehalten wurde, betraf die Frage der Beseitigung des Schwitzarbeit-Systems. Referent war eine Dame, Fräulein Beatrice Potter, die vor Kurzem ein Werk über die Genossenschaftsfrage veröffentlicht hat. Ihr Vortrag enthielt sehr viel Wahrheiten vor allen Dingen die, daß das Schwitzsystem im ganzen modernen Wirtschaftssystem wurzelt; daß, wie sie es ausdrückte, die ganze Nation Schwitzmeister sei. Es gebe nur ein Mittel, das Schwitzsystem zu bekämpfen, und das sei die Gesetzgebung. Wie man Gesetze gegen Nahrungsmittelverfälschungen geschaffen, so könne und müsse man auch Gesetze gegen die Schwitzarbeit schaffen. Wenn man die Frage aus dem engen Gesichtspunkt der Konkurrenz, welche die Schwitzarbeit der Genossenschaftsarbeit macht, heraushebt und sie unter dem Gesichtspunkt der Degradierung von Millionen Arbeitsgenossen betrachte, dann werde man auch wissen, wie gegen sie vorzugehen.

Der Vortrag scheint im ersten Moment viele der Delegierten verblüfft zu haben. Es sprach ein anderer Gedankengang aus ihm, als der ihnen gewohnte. Aber Frl. Potter fand von verschiedenen Seiten warme Unterstützung. Herr Maxwell, der Leiter der schottischen Engros-Genossenschaft, beantragte, das parlamentarische Komitee des Kongresses anzuweisen, für eine Erweiterung des Fabrikgesetzes dahin einzutreten, daß die Schwitzmeister in gleicher Weise für die Arbeitsbedingungen der von ihnen Beschäftigten verantwortlich gemacht werden, wie dies bereits in Bezug auf die Fabrikbesitzer der Fall, und diese Resolution wurde nach einer kurzen aber lebhaften Debatte von dem von über 900 Delegierten besuchten Kongress einstimmig angenommen. Sie sagt nichts Unerhörtes, aber gerade für die Genossenschaftler bedeutet sie einen erheblichen Schritt vorwärts.

Um meinen Brief nicht über Gebühr auszudehnen, behalte ich mir vor, auf die übrigen der oben erwähnten Kongresse in meinem nächsten zurück zu kommen. Nur so viel, daß auch auf der internationalen Vergarbeiter-Konferenz die Engländer, dem Druck ihrer festländischen Arbeitsgenossen folgend, wieder einen tüchtigen Schritt aus der Verzweiflung nach vorwärts gemacht und die Solidarität der Arbeiter, gleichviel ob unter Tag oder über Tag beschäftigt, ausdrücklich anerkannt haben.

Politische Ueberflucht.

Berlin, den 14. Juni.

Das Abgeordnetenhaus, welches gestern seine Sitzungen wieder aufnahm, beschäftigt sich in zweiter Lesung mit dem Tertiärbahnen-Gesetz, das wesentlich in der Fassung des Kommissionsberichts angenommen wird. — Das Herrenhaus trat heute zur ersten Sitzung nach den Pfingstferien zusammen und wird gleich morgen seine Aufmerksamkeit der Landgemeinde-Ordnung für Schleswig-Holstein zuwenden. Ob die „Herren“ noch Lust haben, ein Länzchen zu wagen? —

Auch eine Weltanschauung. In der „gemüthlichen“ Revolutionszeit der „tollen Jahre“ 1848 und 1849 wurden allerhand Karikaturen aus der Paulskirche veröffentlicht, darunter eine Skizze, Arnold Ruge darstellend, der, nach vorn gebeugt, den Kopf hinterwärts durch die Beine steckt und sich von unten herauf die Welt anschaut — mit der Inschrift: „Auch eine Weltanschauung.“ Nehme man nun an, statt stehend durch die Beine hindurch zu gucken, habe der Mann sich auf den Kopf gestellt, und so die Welt angeschaut, so würden wir ungefähr ein symbolisches Bild der Weltanschauung haben, die gestern auf dem Parteitag des „konservativen Landesvereins“ im Blümchenland oder Reich der Mitte in miniatur, alias Sachsen, sich ans Tageslicht gewagt hat. Ein gewisser Herr von Friesen — er soll sich sogar in klassischer Selbstvergessenheit „Freiherr“ nennen — der gelehrigste Schüler des viel gewandten Sohnes seines Vaters, Paul Mehnert, hat dort die letzten Geheimnisse des Blümchenlandes und sonstigen Konservatismus ausgeplaudert, und seine *in de sibilo* (Ende des Jahrhunderts) „Weisheit in folgendemäkulär-granitnen Antrag niedergelegt:

„Lederhaut seit den letzten Schicksalen und der erlittenen Haft wo möglich noch gelber geworden war.

„Diese hoffe ich in der Stadt aufgreifen lassen zu können, worauf ich sie ohne Weiteres standrechtlich erschießen lasse.“

„Bravo, bravo!“ erscholl es von Neuem in den Reihen der Herren Liberalen.

„Ich denke aber bei dieser Gelegenheit der liberalen Sache noch größere Dienste zu leisten“, fuhr Dr. Raffmans mit einem entschiedenen Tone von Selbstzufriedenheit fort; „beim ich besitze sichere Nachweise, daß auch die Konservativen bei allen diesen Intrigen die Hand im Spiele haben. Sie sollen die Schwere der Gesetze, die sie oft selbst und besonders gegen uns angewendet, in ihrem vollen Umfange empfinden. Zwei Individuen sind bereits aufgegriffen, welche Waffen zum Verkauf ausboten und häufig verschickten. Dieselben haben bei ihrer Vernehmung auch eingestanden, daß sie von zwei Exministern mit diesem Geschäfte betraut worden waren.“

„Unerhört!“ riefen die Liberalen.

Ein Polizeikommissar, welcher bei den letzten Worten eintrat und Dr. Raffmans eine Mittheilung ins Ohr flüsterte, ließ auf eine Weile das Gespräch verstummen.

„Aber das ist ja unerhört!“ rief nach einem Augenblicke, dessen er zur Sammlung bedurfte, der Ministerpräsident im höchsten Grade über die ihm gemachte Mittheilung empört: „Die Sache hat nicht ohne Mitwirkung des Personals vor sich gehen können. Lassen Sie sofort das gesammte Personal vom Gefängnis-Inspektor bis zum Hülfsmann verhaften und das Gefängnis durch eine entsprechende Zahl von Polizeifergeanten in Verwahrung und Beaufsichtigung nehmen. Schicken Sie mir inzwischen auch meine Schutzmanschaft, da ich der Ruhe bedarf.“

„Was ist geschehen?“ fragten alle Anwesenden zugleich, als der Kommissar das Lokal verlassen.

„Eine neue freche That, meine Herren; die Gefangenen Barth und Streit sind soden aus ihrer strengen Verwahrung im Gerichtsgefängnisse befreit worden. Das Treiben dieser Menschen wird immer toller. Es ist die höchste

„Der heute versammelte konservative Parteitag wolle seine Zustimmung zu nachstehenden Punkten geben: I. Die materialistische Weltanschauung bedroht durch den von ihr gewonnenen Einfluß auf das politische, soziale, wirtschaftliche und sittliche Volkleben den Staat, die Gesellschaft und die Kirche und somit die gesammte Existenz der deutschen Nation mit den ernstesten Gefahren. Als die gefährlichsten Auswüchse der materialistischen Weltanschauung betrachtet der heute versammelte Parteitag der Konservativen die Sozialdemokratie und die anwachsende Macht des Judenthums. Eine entschiedene Bekämpfung beider auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens durchzuführen, ist unabwiesbare Pflicht der konservativen Partei und aller ihrer Angehörigen. II. Die Mittel zu dieser Bekämpfung liegen vor Allem in der Erhaltung und Wiederherstellung der christlichen Lebensanschauungen in Volk und Staat. Nur auf diesem sittlichen Boden ist es möglich, positive staatliche Rechtsnormen zu entwickeln, welche die Existenz des Staates zu sichern und die weit fortgeschrittene Auflösung der staatlichen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und sittlichen Ordnungen aufzuhalten im Stande sind. III. Der Parteitag der sächsischen Konservativen spricht deshalb sowohl der Regierung als auch den konservativen Vertretern des Volkes im Reichstag und Landtag gegenüber die Erwartung aus, daß dieselben solche gesetzgeberische Maßnahmen in ernster Erwägung ziehen, welche die Erhaltung und Wiederherstellung der christlichen Lebensanschauungen in Volk und Staat zu schütten und damit einer weiteren Ausbreitung der materialistischen Weltanschauung der Sozialdemokratie und der Macht des Judenthums feste Schranken zu ziehen geeignet sind. Der Parteitag erwartet namentlich von der deutschkonservativen Fraktion im Reichstag, daß sie unermüdet nach ihrem Wiederauftreten die Revision des konservativen Programms vom Jahre 1876 — mit besonderer Rücksichtnahme auf das Anwachsen der Sozialdemokratie und die drohende Uebermacht des Judenthums — in die Hand nimmt. Er erwartet von der Fraktion eine schärfere Betonung der notwendigen Bekämpfung der letztgenannten Faktoren, als dies in dem Programm von 1876 der Fall ist, in einer dem Volk allgemein verständlichen und den tatsächlichen Bedürfnissen entsprechenden Form. IV. Er richtet aber gleichzeitig an alle Parteigenossen im Lande die dringende und ernste Mahnung, sich an dem Kampf gegen die materialistische Weltanschauung, — die Sozialdemokratie und die Macht des Judenthums — mit allen Kräften zu beteiligen und in ihren persönlichen Berufskreisen dahin zu wirken, daß die christliche Lebensanschauung auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens wieder zur Geltung komme. V. Bei der Wichtigkeit, welche die Erreichung der von uns bezeichneten Ziele für die Zukunft unseres Volkes hat, erachtet der sächsische konservative Parteitag die Einberufung eines großen deutschen Parteitages noch vor dem Zusammentritt des Deutschen Reichstages für unerlässlich und beantragt dieselbe hiermit ausdrücklich bei der Leitung des deutsch-konservativen Wahlvereins. Es ist um so dringender notwendig, Angehörige aller deutscher Stämme auf demselben zur Aussprache ihrer Anschauungen gelangen zu lassen, als ein großer Theil der deutschen Wahlkreise nicht durch Abgeordnete aus ihrer Mitte im Reichstage vertreten ist. VI. In Erwägung, daß nur eine ruhige, auf christlich-sittlicher Erkenntnis beruhende und stetig fortschreitende Entwicklung unserer staatlichen Verhältnisse, sowie eine Einigung aller staatserbaltenden Elemente zu diesem Ziele die großen Gefahren, welche unser öffentliches Leben bedrohen, erfolgreich zu bekämpfen vermögen, — warnen wir vor allen Sonderbestrebungen und Parteibildungen, welche einerseits durch Ueberstürzung die Stetigkeit der staatlichen Entwicklung, andererseits durch Zersplitterung der Kräfte die Einmüthigkeit der konservativen Bestrebungen zu stören geeignet sind.“

Dies die „Programmsätze“, die von der Blümchen-Garde auch „begeistert“ angenommen worden sind. Also der Sozialdemokrat und der Jude — das sind die Feinde. Nun, den Sozialdemokrat kennt diese Gesellschaft nicht, aber den Juden sollten sie doch von Rechtswegen kennen, denn von Paul Mehnert's — des Blümchen-Gesellschaftsetters — Vater und Geschäfts-Kumpen haben verschiedene christliche Handwerksmeister, die keine christlich-germanischen Geschäftspraktiken zu bewundern Grund hatten, das große Wort gelassen aus gesprochen: „In dem stecken hundert Juden.“

Vielleicht veröffentlicht die „Kreuz-Zeitung“ gelegentlich die Aktenstücke, welche jüngst in der „Sächsischen“ Arbeiterzeitung zum Lob und Preis des glorreichen Ur-Oberhauptes der sächsischen Sozialisten- und Judentödder, auch Konservativ genannt, abgedruckt worden sind. —

Ist es wahr? Die Mutter des Lientenants von Salisch, der in Koblenz einen unbewaffneten Kaufmann mit seinem Säbel todtstach (wofür ihm auch noch milde Umstände bewilligt und 12 Monate Festungshaft zugesprochen wurden), hat an die Mutter des Erstochenen geschrieben, diese möge doch ihrem unglücklichen Sohn (dem Mörder)

Zeit, daß ein furchtbares Strafgericht über sie hereinbricht.“

Kein Mensch konnte ein Wort der Billigung sagen, denn mit einem donnerähnlichen Knack sprangen auf einmal die Fensterladen sammt den Fenstern des Lokals auseinander, einige schwere Steine fielen oder rollten herein, der plötzliche scharfe Luftzug löschte die Gasflammen aus und eine tiefe Männerstimme rief in die Dunkelheit hinein:

„Feiertabend, meine Herren!“

Niemand regte sich, bis Tiefstrunk, der hinausgegangen war, mit Licht zurückkehrte und die ganze Gesellschaft unter der Tafel fand.

Am diesem Abend wurde Nichts mehr gesprochen.

Am anderen Morgen zur frühen Stunde begab sich Findeisen in das Zimmer seines Sohnes, der sich eben zum Aufgehen bereit machte, und fragte, da er ein so frühes Aufstehen an ihm nicht gewohnt war, erstaunt:

„Du willst schon ausgehen, Georg?“

„Ja, Vater,“ entgegnete dieser, nicht weniger verwundert, den Vater bei sich erscheinen zu sehen, den er seit langer Zeit nur zuweilen bei Tafel oder im Komtoir sah.

„Ich hoffe, Du hast nicht so große Eile, um nicht vor allen Dingen mir ein Viertelstündchen schenken zu können?“

„Es ist mir nicht so eilig, und ich höre, Vater.“

„Nun wohl; Du wirst in Erfahrung gebracht haben, daß das Ministerium bei dem höchst wahrscheinlich nahe bevorstehenden Kampfe die gutgesinnten Bürger zum Schutz von Recht und Gesetz, Ordnung und Ruhe um sich versammelt zu sehen wünscht.“

„Ja, ja, ich habe die Plakate gelesen, und ganz außerordentlich heiter haben sie mich gestimmt.“

„Weiter?“ rief Findeisen erstaunt, „ein Erlaß des Ministeriums kann Dich heiter stimmen?“

„Ja, Du hast Recht, sie sind im Allgemeinen mehr trauriger Natur. Aber Du wollest wohl etwas Anderes sagen.“

„Ich wollte Dir sagen, daß ich es für die Pflicht eines jeden guten Bürgers halte, dieser ministeriellen Aufforderung nachzukommen. . .“

verzeihen, derselbe habe als Offizier nicht anders handeln können.

Als wir diesen mysteriösen Satz lasen, fiel uns aus früherer Zeit ein, daß ein Offizier, der in einem Streit von irgend Jemand körperlich angepackt wurde, verpflichtet war, den Angreifer niederzustechen, widrigenfalls die Offizierschre als verloren und das Offizierspatent als verwirrt galt. Wir hatten geglaubt, dieses wahnwitzig barbarische Vorurtheil sei dem Hauch vernünftigerer Anschauungen gewichen. Bei der standalösen Leybhecker-Affäre in Mainz (seiger Ueberfall eines Zivilisten durch drei Offiziere) wurde auf das Vorhandensein einer solchen Regel des „Ehrenkodex“ hingedeutet, jedoch auch bestritten, daß dieselbe noch in Kraft sei. Der Brief, den die Mutter des Koblenzer Mörders geschrieben, beweist aber, daß eine solche Regel besteht, oder wenigstens — was tatsächlich auf das Gleiche herausläuft — daß in Offiziers- und Adelskreisen an eine solche Regel geglaubt wird. Es ist dringend notwendig, daß in Bezug auf diesen dunklen Punkt Klarheit geschaffen wird. Wir Zivilisten sind auch Menschen und haben jedenfalls das Recht der Selbsterhaltung und Nothwehr.

Wie leicht kann auch der Friedlichste in einen Streit verwickelt werden. Man stolpert über den Schlepplabel eines „Edelsten“ und Offiziers — der Träger des Schlepplabels wird grob, statt sich zu entschuldigen, — das Opfer des Schlepplabels bittet nicht demüthig um Verzeihung, daß er vom Schlepplabel zu Fall gebracht worden — und der Streit ist da. Wehrt der Zivilist sich seiner Haut, greift er zu — so hat er sein eigenes Todesurtheil gesprochen — der Edelste und Offizier ist verpflichtet, ihn zu erstechen. Das ist ja geradezu monströs.

Also — besteht ein solches Gesetz? Ja oder Nein! Wenn ja — gut, so hat jeder Zivilist, der in der Lage ist, Edelsten und Offiziere begegnen zu können, das Naturrecht der Nothwehr. Es wäre das ein Zustand, der in seinen Konsequenzen für die Herren Militärs ebenso ungemüthlich sein dürfte, wie für die Herren Zivilisten. Baldigste Aufklärung wäre daher im allgemeinen Interesse erwünscht. —

Angellagter Bismarck hat das Wort. Er ist angeklagt, die Welfen Meding — Samarow — und von Dölle dafür bezahlt zu haben, daß sie den depossedirten König Georg durch Errichtung einer Fremdenlegion und andere ähnliche Praktiken kompromittirten und „Material“ für den Raub des Welfensfonds — nein, für dessen Beschlagnahme im öffentlichen Interesse — lieferten. Nachdem Angellagter viele Jahre lang seine Ankläger mundtot zu machen vermocht hat, sieht er sich jetzt — wo die Verhältnisse für ihn etwas andere geworden sind — moralisch gezwungen, in dem Reichstuhle der „Hamburger Nachrichten“ folgende „Vertheidigung“ zu stammeln:

„Es ist Jedem in Erinnerung, welche Haltung die „Hannoversche Legion“, die sich als „Hannoversche Armee“ betrachtete und gerirte, in den Jahren vor 1870 eingenommen hat, wie sie in Holland, in der Schweiz und schließlich in Frankreich als fremde Truppe eingemietet und einquartiert war, und mit welchen Zukunftshoffnungen sie sich getragen hat. Der französische Krieg war damals voraussehbar und wurde schon 1867 wegen Luxemburg nicht ohne Schwierigkeit verhandelt, hauptsächlich vielleicht, weil man deutscherseits der Meinung war, daß jedes Jahr Anstich dieses mit Wahrscheinlichkeit vorauszufehenden Krieges der deutschen Krone in Hannover, Hesse, Nassau, Schleswig, Holstein und auch in den damals schon kriegsverbündeten süddeutschen Staaten einen Zuwachs von mehr als 100 000 nach preussischem Muster ausgebildeter Kämpfer verschaffen werde. Das ist eine Frage, die der Geschichte anheimfällt; aber darüber war schon damals kein Zweifel, daß die Herstellung eines unabhängigen Königreichs Hannover, für die ein Theil des früheren königlich hannoverschen Heeres im Auslande bereit gehalten wurde, nur infolge eines Krieges erstrebt werden könne, den Frankreich allein, oder im Bunde mit Oesterreich, gegen den Norddeutschen Bund geführt haben würde. Wenn auch 1870 beim Ausbruch des Krieges keine Welfenlegion mehr in Frankreich stand, so lag doch die Thatfache vor, daß damals hannoversche Offiziere sich bereit hielten, auf Befehl des Königs Georg wieder in Aktivität zu treten; und daß sie eine Gefolgschaft von Unteroffizieren und Soldaten, wenn auch vielleicht weniger zahlreich, doch immer noch gefunden haben würden, ebenso gut wie auf ihrer Wanderung nach Holland, nach der Schweiz und nach Frankreich, war sehr wahrscheinlich. Für

„Ah, ah, das also ist es?“

„Weil ich es für nicht mehr als Recht und Billigkeit ansehe, daß wir, deren Eigenthum und bürgerliche Stellung in diesem Kampfe geschädigt werden sollen, uns um diejenigen schaaren, welche im Namen des Gesetzes als unsere Beschützer auftreten. Findest Du das nicht auch in der Ordnung?“

„Ich finde es wohl in der Ordnung; nur zweifle ich, daß damit viel ausgerichtet werden wird. Denn wer durch einen Kampf nichts als seine bürgerliche Stellung und sein Eigenthum beschützen will, der will in der Regel auch sein Leben erhalten, und solche Leute sind in der Regel herzlich schlechte Soldaten.“

„Das werden wir sehen; einstweilen muß Jeder seine Schuldigkeit nach Kräften thun, und habe ich deshalb beschlossen, die weiße Binde anzulegen und mich dem Ministerium oder dem Ober-Befehlshaber der bewaffneten Macht zur Verfügung zu stellen.“

„Du Vater? in Deinem Alter?“

„Bin ich etwa nicht noch rüstig genug, die Waffen zu führen? Gebe ich nicht, je älter ich bin, ein eindrucksvolleres Beispiel? Und werde ich nicht, wenn es sonst noch Bedenken haben könnte, einen rüstigen Sohn zur Seite haben?“

„Denkst Du oder dachtest Du etwa bei diesem Sohn an mich?“

„Allerdings, da ich, wie Du weißt, keinen anderen Sohn besitze.“

„Und um dessen Thun und Treiben hast Du Dich so wenig bekümmert, daß Du nicht einmal weißt, daß dieser Sohn auf einem ganz anderen Parteistandpunkt steht?“

„Ich habe davon gehört, aber keinen besonderen Werth darauf gelegt, da ich mir wohl sagen durfte, daß alle solche Liebhabereien und Parteispieleereien aufhören würden in Augenblicken, wo es sich um das „Mein und Dein“, um die Erhaltung der bevorzugten Existenz handelt.“

„Und gerade hierin hast Du Dich getrennt, Vater; die Sache ist mir zur Ueberzeugung und aus Ueberzeugung zum Leben geworden. Ueber das „Mein und Dein“ habe ich ganz andere Ansichten, als Ihr da drüben auf der anderen

die deutsche Politik wäre es aus vielen Gründen menschlicher und politischer Natur eine Katastrophe gewesen, wenn sie han-noversche Soldaten in den Reihen der Landesfeinde gefunden hätte oder genötigt gewesen wäre, gegen ausländische Be-wegungen in dem Lande zwischen Weser und Elbe militärisch und kriegerisch einzuschreiten. Wir können es deshalb nur als einen wesentlichen Dienst, welcher der nationalen Sache und dem nationalen Gefühl erwiesen worden ist, ansehen, wenn es gelungen ist, jeder derartigen Bewegung im Keime zu-voorkommen und zu verhindern, daß deutsches Blut nach deu-tischem Kriegesrecht vergossen wurde. Daß Männern, welche erfolgreich zur Verhinderung solcher Katastrophe mitgewirkt haben, ihre Zukunft sicher gestellt wurde, war ein Versehen, für das jeder deutsche Patriot der damaligen Regierung noch heute dankbar sein wird.

So der Angeklagte Bismarck. Daß er die zwei Hoch- verräter und Haupt der Landesverräter bezahlt hat, wird von ihm zugestanden — das staatsmännische Gesalbader, mit dem das Geständnis umhüllt ist, nimmt diesem seinen Werth nicht. Das Geständnis ist aber noch nicht vollständig. Die Anklage lautet nicht bloß, daß die zwei Hochverräter und Haupt der Landesverräter bezahlt, sondern daß sie für ihren Hoch- und Landesverrath bezahlt worden sind, schon ehe sie denselben verübten, und zu dem Zweck, daß sie, in der Weise der Jhring-Machlow, Schröder, Haupt, Raporra — nur in etwas höherer Sphäre und in größerem Maßstab — als diplomatische staatspolitische Lockspiegel Segner des Fürsten Bismarck zu kompromittiren hatten. Ist das wahr?

Angeklagter Bismarck, antworten Sie auf diese Frage! —

Auch eine Wirkung des Sozialistengesetzes. Das Sozialistengesetz stellte der Polizei die Aufgabe, die Sozial- demokratie zu vernichten, und da die Polizei, als berufsmäßige Vertreterin und Vollstreckerin des Gesetzes, dem Sozialistengesetz Folge zu leisten hatte, so fand sie sich ge- nöthigt, einen wesentlichen Theil ihrer Kräfte, die bisher den Sicherheitsdienst zu versehen gehabt, auf das „politische“ Gebiet zu werfen. Man merkte bald, daß die vorhandenen Kräfte nicht ausreichten — die „politische“ Polizei wurde riesig vermehrt; und, da die Regierung auf die Vernichtung der Sozialdemokratie das Hauptgewicht legte, und da die Sozialistenjäger und Sozialistensöldner die beste Aussicht auf Karriere hatten, so war es selbstverständ- lich und natürlich, daß die Sicherheitspolizei von der politischen Polizei überflügelt wurde und ins Hintertreffen kam. Wir wollen auf Niemanden einen Tadel werfen, Niemanden der Pflichtvergessenheit anklagen, allein die That- sache steht fest, daß das Sozialistengesetz die Polizei aus ihren Berufsbahnen gedrängt, den politischen Dienst auf Kosten des Sicherheitsdienstes gefördert und letzteren wesentlich ge- schädigt hat. Ueberall in Deutschland und insbesondere auch in Berlin ist das festzustellen worden. In Berlin ist es bei verschiedenen Gelegenheiten, z. B. bei dem Diebstahl- Prozeß augenfällig zu Tage getreten, und die Vorwürfe, welche in neuester Zeit z. B. der Berliner Polizei gemacht worden sind und werden — jetzt wieder anlässlich des Mordes der Frau Manzel — sollten eigentlich an die Adresse des Sozialistengesetzes gerichtet werden, das unter anderen schlimmen Wirkungen auch die gehabt hat, unsere Polizei von ihren eigentlichen Zielen abzulenken. —

Ein Beispiel. Deutschland, und insbesondere Preußen nennt sich das „Land der Schulen“, thut als ob es auf dem Gebiete des Unterrichts anderen Staaten überlegen sei. Diese Einbildung ist aber gar windiger Natur. Die „wilden“ Franzosen haben heute weit bessere Schulen als wir, und die Schweizer, auch „wild“, sind uns um hundert Kopf- längen voran. Man lese nur, was in Zürich über das Schulwesen soeben von den einschlägigen Behörden festgestellt worden ist:

„Das städtische Schulwesen umfaßt zunächst die allgemeine Volksschule (Primar- und Sekundarschule). Sodann übernimmt die Stadt diejenigen freiwilligen öffentlichen Schulen, welche bei Inkrafttreten des Zuteilungs- gesetzes am 9. August 1891 in den bisherigen Gemeinden be- standen haben, mit Einschluß des Gewerbmuseums und der Gewerbeschule.

„Sie nimmt weitere Schulen zum Zwecke geeigneter Be- schäftigung von Kindern, welche das Alter der Schulpflicht noch nicht erreicht haben, sowie für berufliche und dargelegte Ausbildung der reiferen Jugend in Aussicht. Inzwischen wird

Seite, und bei meiner bevorzugten Existenz bin ich elend gewesen, ach elend — bis zum Selbstmord!“

„Was erinnerst Du mich jetzt daran; es hat hier keinen Play. Ich habe gestern Abend im Klub versprochen, daß Du mit mir kommen würdest.“

„Du hast da etwas versprochen, was wahr zu machen nicht in Deiner Macht lag.“

„Willst Du nicht helfen, unser Vermögen verteidigen?“

„Nicht mit dem kleinen Finger; meinethwegen mag es Denen zufallen, die es geschaffen, den armen Arbeitern, deren Schweiß an dem Golde klebt.“

„Wer das Geld so wenig ehrt, verdient keins zu haben; wenn Du also Dich nicht entschließen kannst, für unser Interesse einzutreten, so werde ich Dich ausschließen von der Theilnahme an unseren Gütern. Ja, Georg, ich habe es gelobt; wenn Du meiner Aufforderung nicht Genüge leistest, so schließe ich Dich aus von der Erbfolge.“

„Um so besser, um so besser; dann bin ich der Sorge enthoben, es Denen wieder zu geben, denen es entrispen.“

„Bedenke, Georg, eine Million steht Dir in Aussicht!“

„Eine Million! Was ist Dein Gold! Nimm Alles, was Du hast und sieh, ob Du mir mit Deinem Golde

Elisen's goldene Loden kaufen kannst, dann, dann will ich glauben, daß Gold auch glücklich machen kann. Aber Du kannst es nicht, Du kannst mir keine schlaflose Nacht, keine Thräne, geschweige denn ein verlorenes Leben zurückkaufen. Und Du drohst mir mit Enterbung? Geh', armer Vater, Du bist in der That noch ärmer, als ich.“

„Georg, höre noch ein Wort; ich will von meiner Forderung lassen; verpflück mir nur heilig und heuer, keinen Antheil an den kommenden Ereignissen zu nehmen.“

„Willst Du dasselbe mir versprechen?“

„Ich kann nicht, denn ich gab mein Wort.“

„Und so auch ich.“

„Du willst es also darauf ankommen lassen, daß wir mit der Waffe in der Hand uns gegenüberstehen?“

„Es wird zu vermeiden sein.“

„Und das ist Dein letztes Wort?“

„Wie es das Deine war.“

„Nun wohl, so gehe hin in Dein Verderben; doch

sie private Anstalten dieser Art unter Vorbehalt ihrer Aufsicht durch Beiträge unterstützen.“

„Die Stadt unterhält Volksbibliotheken und öffent- liche Lesesäle, deren Benutzung unentgeltlich ist, oder sie kann private Institute dieser Art unter Vorbehalt ihrer Aufsicht unterstützen.“

„Der Besuch der städtischen Schulen ist unentgelt- lich. In der Primar- und Sekundarschule werden den Schülern überdies die Lehr- mittel, Schreib- und Zeichnungsmaterialien und den Mädchen die Stoffe für den Arbeits- unterricht unentgeltlich abgegeben.“

Und damit vergleiche man unser verstorbenes „Volkss- schul-Gesetz“, das demnächst eine fröhliche Auferstehung erleben wird. Wie beschämend tief steht unser „großer“ „Intelligenz- staat“ doch unter der kleinen schweizerischen Republik, in der es keinen einzigen Soldaten, und keinen einzigen „Edelsten“ giebt, aber lauter freie und gleiche Bürger!

Unser fürlicher Parteiorgan, die „Arbeiterstimme“ be- merkt zu diesem „Schulfortschritt“:

„Nun, wir freuen uns desselben herzlich, obgleich wir die Uebernahme der Kindergärten auch gewünscht hätten. Nun, Rom ist nicht in einem Tage erbaut; wir werden weiter an der Volkserziehung bauen.“

Wer das Kind nicht ehrt
Und den Menschen, der in ihm steckt,
Und den Lehrer nicht, der den Menschen weckt,
Wer die Schule nicht vor ihren Drängern verteidigt,
Der hat den Genius der Menschheit beleidigt. —“

Die italienische Krise. Ein Theil der Zeitungen spricht von einem großen Siege Giolitti's. Vor einigen Wochen, als Giolitti für sein konfuse Programm, welches die reinste Programmlosigkeit war, eine kleine Majorität bekam, nannten die namentlichen Blätter dies einen „Pyrrhus- Sieg“. Und sie hatten Recht. Sientemalen sich aber die Situation in den 16 Tagen, die zwischen jenem „Pyrrhus- Sieg“ und diesem „großen Sieg“ liegen, in keiner Weise geändert hat, so gebührt auch dem „großen Sieg“ der Name eines Pyrrhus-Sieges. Daß die Mehrheit eine größere, das thut nichts zur Sache. Nicht für ein Programm hat das Ministerium die Majorität bekommen, sondern einfach für die Verschiebung des Kampfes. Es ist wahr, für die Regierung, oder sagen wir gleich offen heraus: für den König, dessen Vertrauensmann Giolitti, ist es ein praktischer Vortheil, daß sie die Vorbereitung und die Leitung der Neuwahlen in der Hand hat — wie steht es aber um die Volkstümlichkeit und das Ansehen einer Regierung, die mit solchen kleinsichen Mitteln ar- beiten muß? Vergleiche man nicht die italienischen Ver- hältnisse mit den deutschen. Ein Bismarck konnte aller- dings Jahrzehntlang gegen den Willen der Oppositions- parteien regieren und die parlamentarische Maschine ab- wechselnd lahm legen oder sich dienstbar machen, — das ging wohl in Deutschland, wo das Königthum noch starke Wurzeln hatte — und wie sind auch in Deutschland diese Wurzeln gelockert worden! — Aber in Italien, wo die Monarchie ganz neuen Datums ist, wo die saporische Dynastie den größten Theil der konservativen Elemente — die Anhänger des Papsitums, der Bourbonen u. s. w. — von vorn herein gegen sich hat, und sich gerade auf die liberalen und radikalen Elemente stützen muß, lassen sich Bismarck'sche Regierungspraktiken nicht durchführen. Eine moderne Monarchie von Garibaldi's und der Revolution Gnaden, wie die italienische, hat Rücksichten zu nehmen, die eine „angestammte“ Monarchie nicht zu nehmen braucht, und wenn es ihr gelingen sollte, den italienischen Parlamentarismus vollständig zu korrumpiren und zu einer Scheinregierung herabzuwürdigen, was Giolitti's und seiner Hintermänner offenbare Absicht ist, so hat die Monarchie nur über sich selbst gesiegt und den Akt abgefaßt, auf dem sie sitzt.

Die italienische Krise ist nicht beendet, sie ist in eine kritischere, für die Monarchie direkt gefährliche Phase ge- treten. —

Von Gottes Gnaden Verräter. Die Monarchie in Portugal, welche mit ganz besonderer Reinheit das Prinzip der Legitimität und des Gottesgnadenthums vertritt, hat bekanntlich in aller Form den Staatsbankrott eingeleitet, und die Staatsgläubiger um viele Hundert Millionen einfach beschwindelt. Offiziell und ohne Umstände wurden den Gläubigern von jedem Hundert Frank's dreißig genommen,

dieses Dein Vaterhaus betrachte nicht mehr als Dein Vaterhaus.“

„So scheint es; denn es war mir schon seit mehr als einem Jahre fremd. Die Welt aber ist größer als das Vaterhaus, hat Raum genug und Gastfreundschaft für alle strebenden Seelen. Der reiche Mann braucht keine Kinder, er braucht nur Erben, und als solche sahst Du und ja immer an.“

„Vorwürfe? von Deiner Seite?“ rief Findeisen, finster; „klage Du mich nur der allzu großen Nachsicht an, die ich gegen meine bessere Ueberzeugung habe walten lassen; be- denke, wo Du sein könntest, wenn zu Zeiten mein Geld- kasten, den Du jetzt so zu verachten scheinst, nicht für Dich offen stand.“

Der junge Findeisen suchte bei diesen Worten zu- sammen; er ward so bleich, daß selbst der Alte erschrak. Dann nahm er schweigend seinen Hut, verbeugte sich vor dem Vater, wie vor einem Fremden, und verließ das Zimmer.

Findeisen, der Vater, stand einen Augenblick gänzlich verduht da, schlug dann mit der geballten Faust auf den Tisch und rief:

„Der Teufel hole die ganze Wirtschaft! Bin ich so weit gekommen mit allem was ich erstrebt, erarbeitet und ge- wagt? Und von wem kommt das? Von jenen Volks-Auf- weglern, Demagogen, Sozialisten, Anarchisten, Kommunisten, Lumpen und Bagabonden. Nun, Gott Gnade dem, der mir heute in den Weg kommt. Zusammengekommen muß die Kanaille werden, wie die tollen Hunde. Kartätschen in den Leib und Bleisenkolen auf den Schädel, das ist die einzige Manier, diese Bestien im Zaume zu halten. Ich hätte meinen Sohn sollen Offizier werden lassen, da wäre er vor Anstreckung sicher geblieben, könnte mit Anstand sein Geld verzeihen. Aber da waren die Herren Liberalen, schrien Peter und Paul; im Dienste der Reaktion wollte ich meinen Sohn leben lassen? und was der Vorwürfe mehr waren. Nun haben sie's, nun mögen sie's wieder in Ordnung bringen. Ich denke doch, immer besser Aristokrat als Demokrat? Wohl, die nächsten Tage oder werden's lehren, was aus dem ganzen

und — die übrigen sechzig sollen am St. Nimmerleinstag gezahlt werden. Deutschen Kapitalisten sind auf diese Weise über 50 Millionen gestohlen worden. Die „Vossische Zeitung“ nennt das Kind beim rechten Namen: „Betrag! Schade, daß man diese Monarchie von Gottes Gnaden nicht auf die Anklagebank setzen und ins Zuchthaus stecken kann!“ —

Die belgischen Wahlen verlaufen ruhig. Die Kre- biter seien fast überall. — In Gent haben unsere Ge- noffen ein Referendum — eine Urabstimmung — veranstaltet — dasselbe ergab 21 462 Stimmen für und 186 gegen das allgemeine Wahlrecht — ein sehr günstiges Resultat, das freilich nicht die Billigung des Genuswahlrechts erhalten wird. —

In England ist jetzt eine Zeit äußerlicher Ruhe ein- getreten — nach der Aufregung, welche der Bestimmung des Auflösungstermins folgte. Die Parteien treffen ihre Vor- bereitungen zum Kampf. Es ist die Ruhe vor der Schlacht, die Windstille vor dem Sturm. Die „zwei großen“ Par- teien sind noch immer in einiger Verlegenheit um die Wahl- parole — die prinzipiellen Gegensätze glänzen so vollständig durch Abwesenheit, daß vollendetes Schauspiel-Talent dazu gehört, erst und leidenschaftlich zu thun, wo absolut gar kein wirklicher Grund vorliegt, mit Ausnahme des einzigen, den man aber nicht eingestehen kann: den Durst nach Macht und die Sehnsucht nach dem Staats-Milliardentopf.

Der „Wettlauf um die Gunst der Arbeiter“ wird immer hitziger. Daß der „große alte Zauberer“, wie die Freunde — oder große alte Windbeutel — great old windbag —, wie die Segner ihn nennen, sich binnen acht Tagen aus einem grimmigen Feinde des Nichtstundentages in einen „sympathischen“ Beurtheiler desselben verwandelt hat, ist selbst den optimistischsten Dufelmeiern des Liberalismus etwas zu arg. Immerhin werden sich noch viele Arbeiter fangen lassen. — Wie uns mit- getheilt wird, haben Burns und andere Sozialisten sichere Aussicht gewählt zu werden. —

Parteinachrichten.

Die sozialdemokratische Parteikonferenz für den 2. badischen Reichstags-Wahlkreis (Reimer Pforzheim, Durlach, Ettlingen und Gernsbach) tritt am 19. Juni Nach- mittags 3 Uhr im Gasthaus zur Blume in Durlach zusammen.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.
— Wegen Beleidigung der Altenburger Polizei wurde der Buchdrucker G. A. Wogenitz daselbst vom Schöffengericht zu 50 M. Geldstrafe verurtheilt. Das Vergehen wurde in einem Artikel der Altenburger Ausgabe des Leipziger „Wählers“ ge- funden.

— Der Redakteur der Bielefelder „Volkswacht“, Karl Groth, hat am 11. Juni in Herford eine fünfmonatliche Gefängnisstrafe angetreten, nachdem auch die Ober-Staatsanwaltschaft zu Hamm seinen Antrag um Strafausschub abschlägig be- schieden hatte.

Soziale Uebersicht.

Ueber den Nigborfer Weberstreik wird uns vom Streik- komitee geschrieben: Bis jetzt haben 13 Meister unsere Forde- rungen bewilligt, so daß die betreffenden Gesellen und Spul- rinnen die Arbeit wieder aufnehmen konnten. 60 Arbeiter und 20 Arbeiterinnen befinden sich noch im Ausstand. Wir bitten noch um weitere Unterstützung, damit auch die noch Streikenden zum Siege gelangen können. Zugut ist noch streng fern- zu halten. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

An die Delegirten der Berliner Streik-Kontroll- Kommission. Genossen! Im Interesse der Agitation ersucht der Unterzeichnete die Delegirten, ihm umgehend per Postkarte Mit- theilung davon machen zu wollen, ob in den von ihnen ver- tretenen Gewerken resp. Industrien weibliche Arbeits- kräfte, und wieviel derselben, beschäftigt werden. Angabe der Zahl derjenigen Arbeiterinnen der betreffenden Berufe, welche einer Organisation angehören, wäre ebenfalls sehr erwünscht.

Mit solidarischem Grusse
J. A. Hermann Faber, N., Antonstr. 84, v. part.

Schwindel wird; und dann wird sich Manches finden. Eins aber sage ich und gelobe es, mir soll jede Art Regierung recht sein und jede soll von mir die freigebigste Unter- stützung finden, die mir die Garantie giebt, daß Zustände wieder hergestellt werden, bei denen man Herr in seinen Werkstätten und Herr in seiner Familie ist. Was Libera- lismus, was Fortschritt. Und wenn in diesen Tagen alle meine Arbeiter niedergeschossen werden, so ist meine Fabrik wieder frei und ich kann annehmen, wen ich will, werde auch nie Mangel verspüren, denn das Arbeitervolk vermehrt sich wie die Karnickel. Sowald hat Recht; Sowald ist ein Mann, wie ein Mann seines Standes sein sollte. Aber ich werde ihn für unsere Familie zu gewinnen suchen.“

Nach dieser theilweisen Beruhigung eilte der Fabrikant, die weiße Binde anzulegen und das Doppelzündnadelgewehr, — eine sehr, sehr unbequeme und unnötige Verdoppelung — zu ergreifen. Dann begab er sich nach dem Zimmer seiner Tochter, welche er mit Ausfuchen von Weinwand be- schäftigt fand.

„Was machst Du denn da, Germinie?“ frug er er- staunt.

„Ich fürchte, es wird Kampf geben, und wir müssen an die Verwundeten denken.“

„Sehr praktisch und klug. Nimm nur nichts Gutes und komm' dann nach dem Gesamtministerium. Oder ich möchte Dich wohl abholen lassen?“

„O nein, lieber Vater, das ist nicht nötig, ich gehe von hier zu Helene, wo wir Alles vorbereiten.“

„Das ist zu entlegen; die Soldaten werden nach der Seite des Militärhospital's und der Kasernen gebracht; in diese Gegend müßt Ihr Euch wenden.“

„Und die verwundeten Arbeiter?“

„Wädel, ich hoffe doch, Du willst Dich nicht mit dem Pöbel befassen?“

„Für mich giebt es nur Verwundete; sie werden rechts und links fallen; aber für die Soldaten wird besser ge- sorgt sein.“

„Und Du wolltest verwundete Rebellen unterstützen?“

„Verwundete Rebellen sind verwundete Menschen.“
(Fortsetzung folgt.)

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 15. Juni.
Opernhaus. Geschlossen.
Schauspielhaus. Geschlossen.
Berliner Theater. Der Gattenbesitzer.
Deutsches Theater. Des Meeres und der Liebe Wellen.
Festung-Theater. Irrlichter.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Der Mikado.
Adolph Ernst-Theater. Groß-Wien.
Ostend-Theater. Die Kellnerinnen von Berlin.
Thomas-Theater. Heißes Blut.
Sallealliance-Theater. Der Abenteuerer.
Froll's Theater. Die lustigen Weiber von Windsor.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Berl. Sommer-Theater

(Bock - Branerei, Tempelhofer Berg)
Mittwoch, den 15. Juni:
1. Theil: Grosse Spezialitäten-Vorstellung.
2. Theil: Zwölf Mädchen in Uniform. Vaudeville-Burleske in 1 Akt von L. Angely. Musik von verschiedenen Komponisten. Inszenirt v. Paul Pauly.
3. Theil: Spezialitäten - Vorstellung.
Zum Schluss: Der Zauberbrunnen der Najaden, grosses Balletdivertissement, ausgeführt von dem aus 20 Damen bestehenden Corps de Ballet.
Anfang: des Konzerts 6 1/2 Uhr, der Vorstellung 7 1/2 Uhr.
Bei ungünstiger Witterung bieten die gedackten Hallen Schutz für ca. 3000 Personen.
Morgen: Grosse Vorstellung.

Wallner-Theater. Ben-Ali Bey's

orientalische
Zauber und Wunder.
Kasseneröffnung 1/8 Uhr. Anf. 8 Uhr.
Preise: Parqu. 3, 1,50 und 1 M.
Ränge: 3, 2, 1 M. und 50 Pf. Loge 4 und 3 M. Kinder die Hälfte. Vorverkauf: Invalidendank und an der Theaterkasse. 615M

Passage-Panopticum.
Neu!
Blaue Grotte
mit Wasser, Rähen u. Beleuchtungseffekten.
Neu!
Eine Kriminalgeschichte
in sieben lebensgroßen Gruppen.

Castan's Panoptikum.

Geöffnet von 9 Uhr Morgens bis 10 Uhr Abends.

Victoria-Brauerei.

Lühnowstr. 111/112.
(im Konzertgartenresp. Saal)
Täglich (außer Sonntags):
Stettiner
Sänger.
Stets wechselnd. Programm.
Anfang 8 Uhr
Sonntags 7 U.
Entree 50 Pf.
Wochentagsbilletts à 40 Pf. (E. Plakate).

Moabiters Gesellschaftshaus,

Alt-Moabit 80/81.
Täglich: Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten.
Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf.
2259L.
Hellmuth Peters.

Achtung!

Allen Freunden und Bekannten die Mitteilung, daß ich wegen zu hoher Mietsteigerung **Mittwoch**, den 15. Juni, mein Lokal räume.

J. Gnadt,
25688 Brunnenstr. 38.

Sinderwagen. Größtes Lager Berlins
Andreasstr. 23. S. P.

Neue Welt. Bergschloss-Brauerei Hasenhaide.

Jeden Mittwoch:
Kinderfest mit Gratisverloosung.
Puppentheater, Souveniren, Stangenklettern, Wettlaufen, Fackelzug.
Konzert und Komiker-Vorstellung.
Entree für Erwachsene 15 Pfg. - Kinder 10 Pfg.
Donnerstag: **Monstre-Feuerwerk.**

Th. Keller's Hofjäger, Hasenhaide,

Hergmann-Strassen-Char.
Heute, Mittwoch, den 15. Juni 1892:
Zweites gr. Kinderfest mit Gratisverloosung.
Souveniren, Fackelzug, Hühnerschlag etc.
Großes Garten-Konzert. Im großen Saale:
Marionetten-Theater. Volksbelustigungen. **Ball.**
Abends: Großer Fackelzug und bengalische Beleuchtung.
Anfang 4 Uhr. Entree 15 Pf., vorher 10 Pf. Kinderbillet nur an der Kasse.
A. Fröhlich.

Friedrichshagen. „Restaurant Gesellschaftshaus“, empfiehlt den Besuchern seine schattigen Vor- u. Hintergärten, Saal, 2 Kegelbahnen, Billard etc., Kasselecke à 20 Pf. einer febl. Benützung. F. Jiges.

Brauerei Borussia, Niederjöhneweide, Johannisthal, Oberspree.
Jeden Sonntag und Mittwoch: Gr. Militärkonzert u. Ball.
Kasselerkuche ist geöffnet. [2560L] **Fr. Dolinski.**

J. Semmel, prakt. Zahn-Arzt,

Oranienstr. 55, Moritzplatz. Spr. 9-1, 3-5. In der Poliklinik für Unbemittelte 1-3, 5-6 Nachm. (Künstl. Zähne 2 Mark).

C. Königsfeld, Uhren- u. Goldwaaren-Geschäft.
Reinickendorfer-Str. 69.
Größte Auswahl. Reparaturen gut und billig. 2017L

Meerscham-, Bernstein- und Elfenbein-Waaren.
Spezialität: Porzäns bewährter sozialistischer Führer (Lassalle, Marx u. A.) in Zigarrenspitzen, Pfeifenköpfen, Schlippenadeln, Manschettenknöpfen, Stöden, Brochen. **Füsten. En gros. En détail.**
B. Günzel, Brunnenstr. 157, am Rosenthaler Thor. 2274 L

Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt
Berlin SW., Reuthstraße 2.
Soeben erschien:
Heft 19
der
Reden und Schriften Ferd. Lassalle's
(Vollständig in ca. 50 Heften à 20 Pf.)
Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Zeitungspediteure und Kolporteurs entgegen.

Bettfedern

in doppelt gereinigten, sorgfältig bearbeiteten Qualitäten von 50 Pf. bis zu den feinsten 3 Mark.
Daunen, chinesische, von unübertroffener Füllkraft 1,80, 1,75, 2,00, 2,50 weiße 3,50, 4,00, 4,50, 5,00 M.
Betten
fertige neue, reelle Füllungen, dauerhafte Stoffe, vollständiges Bett, (Ober-, Unterbett, Kissen) 10, 12, 15, 18 M., prima Körper-Inlett (Halbdaunen-Füllung) 20, 24, 27 M., Daunenfüllung 40, 45, 50 M.
Matrassen, Seegras, Korbhaar, Indiasaser 3,50, Große Schlafbetten 3, 4,50, Steppbetten 3,25. Fedbetten mit Polster 3,50, Eisenbettstellen 4,50.
Proben, Preislisten gratis.
Viele Anerkennungs-schreiben. [2429L]
Deutschlands größte und renommierteste Betten-fabrik
(8 eigene Geschäfte)
Adolph Kirschberg
2, Spandauer Brücke 2, (Gegründet 1878.)

Unserm Freund u. Genossen **Waldemar Röber** gen. der Dide zu seinem heutigen Wegensende ein donnerndes Hoch, daß die ganze Falkensteinstraße wackelt.
C. L. H. E. E. E. [529b]

Allg. Deutsch. Tapezierer-Verein

Filiale Berlin.
Versammlung
am Donnerstag, den 16. Juni cr., Abends 8 1/2 Uhr,
in Feuerstein's Salon, Alte Jakobstr. 75.
Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Wegen der Wichtigkeit derselben ersucht um sämmtliches Erscheinen der Mitglieder.
Mitglieder-Aufnahme findet statt.
530b
Der Ortsverwaltung.

Möbel-Magazin

Paul Neugebauer, Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 54a,
empfehlte Möbel aller Art u. Polsterwaaren eigener Fabrik. Theilzahlungen gestattet. [23682]

Reise v. Budäin u. Palestina, pass. 3. Herren- u. Knaben-Anzug. Damenstücke i. d. neuesten Farben zu Capes, Regenmänteln u. Jaquets, Gloria zu Staubmänteln, Blousen u. Jupons empfiehlt billigt

E. Sommerfeld, Spittelmarkt.
Empfehle Freunden und Genossen mein **Parierers-Lokal** nebst großem Vereinszimmer für 50 Personen. [532b]
Otto Mohr, Raunynstr. 70.

Arbeiter-Gesangverein sucht tücht. Dirigenten. Offerten **A. Schmidt**, N. Bernauerstr. 26, v. 4 Tr. 535b

Dr. Hoesch, homöopath. Arzt, Artilleriestr. 27. 8-10, 5-7, Saunt. 8-10.

Flanelhemden-Arbeiter und **Arbeiterinnen** sucht sof. [533b]
Magnus Alsleben, Köpenicker Straße 124.

Tüchtige Steinmehnen f. Ischyroa, an der Station „Dreptow“. 529b

Parteienoffen, 3. arbeitslos und in bedr. Lage, bittet um Nachweisung einer Stelle als Komtoirbote, Kassierer od. dergl. Gest. Offerten erb. u. L. K. an die Expedition d. Bl. 540b

Freunden und Genossen empfehle meine **Cigarren** eigener Fabrikation.
[522b] **C. Reinicke**, Mantensfelstr. 9.

Achtung! Achtung!

Große öffentliche Volksversammlung

des 6. Berliner Reichstags-Wahlkreises
am **Mittwoch**, den 15. Juni cr., Abends 8 1/2 Uhr,
im Lokale des Herrn Poy, Brunnenstr. 140.
Tages-Ordnung:
Fortsetzung der Diskussion in der Angelegenheit der Herren Baar Sohn. Da 22 Redner noch eingezeichnet sind, so wird die Versammlung pünktlich eröffnet. [475/4] **Die Fünfer-Kommission.**

Deutsch. Tischlerverband

Zahlstelle Berlin.
Versammlungen
Offen:
Donnerstag, den 16. Juni cr., Abends 8 1/2 Uhr,
bei Schirmeister, Andreasstr. 26.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn **Willy Wach**, 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 464/7

Süd-West und Westen:

Montag, den 20. Juni cr., Abends 8 1/2 Uhr,
„Königshof“, Billowstraße 37.
Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Gäste haben Zutritt. **Die Ortsverwaltung.**

Ausserordentliche Mitglieder-Versammlung

der Central-Krankenkasse der Maurer, Steinhauer, Stuckateure (Grundstein zur Einigkeit)
am **Donnerstag**, 16. Juni cr., Abends 8 1/2 Uhr,
im Lokal des Herrn Brochnow (früher Orschol), Sebastianstr. 39.
Tagesordnung:
1. Das Fortbestehen der Kasse nach Annahme der Novelle unter der Vorlage des Statuts und der Antrag der Delegirten zur eventuellen Auflösung derselben. 2. Verschiedenes. 229/14
Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Die örtliche Verwaltung.**

Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter

Berlins und Umgegend.
Branchen-Versammlung der Mechaniker
am **Donnerstag**, den 16. Juni d. J., Abends 8 1/2 Uhr,
im „Gautsienstädtischen Klubhause“, Annenstr. 16. 479/5
Tages-Ordnung:
1. Vortrag über die Pariser Kommune. Referent Herr **Fr. Bernst.**
2. Diskussion. 3. Verbands-Angelegenheiten und Verschiedenes. Zahlreicher Besuch erwünscht. **Der Vorstand.**

Berein zur Wahrung der Interessen der Gast- u. Schankwirthe

Berlins und Umgegend.
Versammlung
am **Freitag**, den 17. Juni, Nachm. 5 Uhr, beim Kollegen **Kuhlmo**,
Schönhauser Allee Nr. 28.
Tagesordnung:
1. Besprechung der Polizeivorordnung betr. die Einrichtung der Spülvorrichtungen im Schankgewerbe, welche am 1. Juli in Kraft tritt. 2. Abrechnung vom Stiftungsfest. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Vereins-Angelegenheiten und Verschiedenes. 470/2
Die Mitglieder, welche mit ihren Beiträgen im Rückstand sind, werden auf § 6, Abf. 3, aufmerksam gemacht. — Schank- und Gastwirthe, welche dem Verein nicht angehören, sind als Gäste willkommen. — Die Mitglieder werden um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht. **Der Vorstand.**

Freie Vereinigung der Kaufleute.

Grosse Versammlung

am **Donnerstag**, den 16. Juni, Abends 8 1/2 Uhr,
im Saale des Herrn **Philipp** (fr. Stein), Rosenthalerstr. 38.
Tagesordnung:
1. Kirche und Deutschfreisinn. Ref. Herr cand. Reichelt.
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Gäste willkommen. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen bittet
177/19 **Der Vorstand.**

Genossenschafts-Bäckerei

für Berlin und Umgegend
(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung).
Außerordentliche General-Versammlung
am **Mittwoch**, den 15. Juni, Abends 8 1/2 Uhr,
in der „Brauerei Friedrichshain“ vor dem Königsthor.
Tagesordnung:
1. Bericht über die Verhandlungen mit der Handelsgesellschaft Ratten.
2. Beschlußfassung über die am 30. Mai gestellten Anträge. 3. Verschiedenes.
Zur Legitimation ist der Anteilsschein oder die Mitgliedskarte erforderlich. Wir machen besonders darauf aufmerksam, daß Frauen von Mitgliedern, wenn die Frau nicht selbst Mitglied ist, keinen Zutritt haben.
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwünscht. 95/19
Der Vorstand. Der Aufsichtsrath.

Fachverein

der
Musikinstrumenten - Arbeiter.
Montag, den 20. Juni cr.:

Großes Sommer-Fest

in der „Neuen Welt“,
verbunden mit Konzert, Spezialitäten und Feuerwerk.
Um 9 Uhr: **Grosse Fackelpolnaise**, wozu ein jedes Kind eine Stocklaterne gratis erhält. — Den geehrten Damen steht die Kaffeelücke von 3 Uhr ab zur Verfügung. 430/9
Eröffnung 2 Uhr. — **Anfang des Konzerts 4 Uhr.**
Billetts à 30 Pf. sind zu haben bei den Kollegen **Wittig**, Wienerstr. 33 und **Böke**, Raunynstr. 24. **Der Vorstand.**

Gäßlein m. Schweinöpfen, gep. u. f., Pfd. 20 Pf. bei **Kona**, Stalhoferstr. 129, Hof, Keller. 536b

Saubere Schlafstelle sof. Genosse bevorzugt. **Rassmann**, Blumenstr. 51b, II. 536b

Kinderwagen gebr. Rottbuscherstr. 13.
Lübbenerstr. 20 freundl. Wohnung-Stube, Küche, eign. Eing. u. Klosett, sof. febl. möbl. Schlafst. f. 2 P., Genossen, Lindenstr. 15, D. r. 4 Tr. b. Mohs.

Parlamentsberichte.

Abgeordnetenhaus.

74. Sitzung vom 14. Juni. 11 Uhr.

Am Ministertische: Thielen und mehrere Kommissarien. Die zweite Beratung des Gesetzes betreffend die Bahnen unterster Ordnung wird fortgesetzt. Nach § 13 kann der Bau von Bahnen, welche für den Betrieb mit Maschinenkraft bestimmt sind, nicht eher beginnen, als bis der Plan festgelegt ist, zur Einsicht ausgelegt hat und die Einwendungen dagegen erledigt sind. Der letzte Absatz lautet: Wenn aus der beabsichtigten Bahnanlage Nachteile oder erhebliche Belästigungen der benachbarten Grundbesitzer und des öffentlichen Verkehrs nicht zu erwarten sind, kann der Minister der öffentlichen Arbeiten den Beginn des Baues ohne vorgängige Planfestsetzung gestatten.

Abg. Hansen beantragt diesen Absatz zu streichen oder wenigstens hinter „kann“ einzuschalten: „sofern es sich nicht um die Benutzung öffentlicher Wege handelt.“

Der Antragsteller führt aus, daß bei der Benutzung öffentlicher Wege für Eisenbahnen die größte Vorsicht notwendig sei. Die Anwohner solcher Bahnen, welche ja schon mehrfach beschien, führen erhebliche Klagen darüber, daß die betreffenden Wege gar nicht mehr benutzt werden können, wenn die Eisenbahn fährt, ohne daß erhebliche Unglücksfälle vorkommen. Weder verweist auf mehrfache Unfälle, welche gerade einigen Abgeordneten zugestossen seien bei Befahren solcher geordneter Wege.

Minister Thielen erklärt sich gegen die Anträge, weil die vom Vorredner geltend gemachten Bedenken bereits in der Vorlage berücksichtigt seien; in solchen Fällen, wo die Eisenbahnanlagen auf einem Wege Gefahr zur Folge haben können, wird von der Festsetzung und Auslegung des Planes nicht abgesehen werden. Der Antrag ist durchaus unnötig.

Nachdem noch der **Abg. Frey** (konf.) sich für den Antrag ausgesprochen, wird § 13 mit demselben angenommen, ebenso ohne erhebliche Debatte die §§ 14-16.

Dem § 17 hat die Kommission folgenden Zusatz gegeben: Die angelegten Beförderungspreise haben gleichmäßig für alle Personen oder Güter Anwendung zu finden.

Abg. Nicker hält den Zusatz für bedenklich, wenn er nicht genügend deklariert wird. Daß z. B. der Transport von Massengütern billiger sein kann als der Transport von einzelnen Frachtpäckchen, sei wohl selbstverständlich; es solle wohl nur ausgedrückt werden, daß keine Person bei Bemessung der Tarife begünstigt werden solle.

Minister Thielen bezeichnet diese Auffassung als richtig; sie entspreche dem Eisenbahngesetz von 1838. Die betreffende Vorschrift sei nur deshalb nicht in das Gesetz aufgenommen worden, weil sie in die Konzessionsurkunde Aufnahme finden sollte.

Auf Bitte des **Abg. Nicker** erklärt der Referent, **Abg. v. Bismarck**, daß in der Kommission ebenfalls die Meinung geäußert habe, daß keine Person bei den Tarifen besonders begünstigt werden solle.

§ 17 wird unverändert genehmigt. Zum § 18 wird ein Antrag des **Abg. v. Strombeck** angenommen, wonach der infolge einer Erweiterung des Unternehmens eintretende Wechsel der Aufsichtsbehörde auf Kosten des Unternehmers bekannt gemacht werden muß.

Zum § 20 wird beschlossen, daß die Genehmigung zurückgenommen werden kann, wenn gegen die dem Unternehmer obliegenden Verpflichtungen „in wesentlichen Beziehungen“ verstoßen wird; die Worte „in wesentlichen Beziehungen“ fehlten in der Vorlage.

Nach § 22 wird beim Erlöschen oder bei der Zurücknahme der Genehmigung die bestellte Sicherheit herausgegeben und die Wege-Unterhaltungspflichten erhalten das Recht, die Wiederherstellung des früheren Zustandes unter Beseitigung in den Weg eingebaute Teile der Bahnanlage oder gegen angemessene Entschädigung den Übergang der letzteren in ihr Eigentum zu verlangen. Die Kommission hat den Zusatz gemacht: „Im öffentlichen Interesse kann die Aufsichtsbehörde eine Frist festsetzen vor deren Ablauf der Unterhaltungspflichtige nicht berechtigt ist, die Wiederherstellung des früheren Zustandes zu verlangen.“

Abg. Jerusalem (3.) beantragt diesen Satz zu streichen, weil es nicht richtig sei, wenn eine Konzession erloschen oder zurückgenommen ist, eine längere Frist zu gewähren. Daran sei doch nicht zu denken, daß der Unternehmer in einem solchen Falle sein ganzes Unternehmen verkaufen könnte.

Abg. Hammacher (ntl.) hält die Vorschrift für zweckmäßig, weil auf diese Weise ein im öffentlichen Interesse liegendes Unternehmen, welches durch persönliche Mißgeschick des Unternehmers zu Grunde geht, von einem anderen Unternehmer geführt werden könne.

§ 22 wird unverändert angenommen. § 23 bestimmt über den Verfall der Geldstrafen, über welche der Minister entscheiden soll; dieselben sollen für das Unternehmen oder für ähnliche Unternehmungen in den betreffenden Landesteilen verwendet werden.

Abg. Jerusalem (3.) beantragt, daß die Strafgebühren in erster Linie den Gläubigern des Unternehmens zu gute kommen sollen; er verweist darauf, daß die Bauhandwerker für ähnliche Forderungen ein Vorkrecht verlangen.

Minister Thielen, sowie die **Abg. Tiedemann-Bomst**, **Krause** und **Frey** erklären sich gegen diesen Antrag, der schließlich zurückgezogen wird.

§ 23 wird unverändert angenommen. Nach § 25 können die Unternehmer von Kleinbahnen den Anschluß an Bahnen, welche dem Eisenbahngesetz von 1838 unterliegen, verlangen.

Abg. Brömel (skr.) wiederholt seine Frage, die er bereits in der Kommission gestellt hat, ob auch die Staatsbahnen sich den Anschluß der Kleinbahnen gefallen lassen müssen; die bejahende Antwort des Ministers sei in dem Berichte nicht enthalten.

Minister Thielen: Ich nehme keinen Anstand, die Frage des Vorredners zu bejahen.

§ 25 wird genehmigt. § 26 bestimmt, daß die Lokalbahnen, welche die Bedeutung gewonnen haben, daß sie Teile des allgemeinen Staats-Eisenbahnnetzes sind, vom Staate erworben werden können.

Die Kommission hat eingefügt, daß die Unternehmer sich dem Eisenbahngesetz vom 1838 unterwerfen können; erst wenn dies verweigert wird, kann der Staat nach einjähriger Kündigungsfrist den Anlauf vornehmen.

Diesen Zusatz der Kommission beantragen die **Abg. Frey** und **Gen.** zu streichen.

Minister Thielen erklärt sich für diesen Antrag, weil dadurch der Staat behindert werde, Bahnen, welche dem allgemeinen Staatsbahnnetz angehören, an sich zu nehmen. Würde der Staat hier in seiner freien Bewegung gehindert, so würde er sehr vorsichtig bei der Genehmigung von Privatbahnen verfahren oder zum Bau von Konkurrenzbahnen schreiten müssen, das sei unwirtschaftlich.

Abg. Krause hält den Zusatz, welchen die Kommission beschlossen hat, für notwendig, weil sonst ein allzu leichter Eingriff in das Eigentum möglich sein würde.

Die **Abg. von Tiedemann-Bomst** und **Cremer** treten für den Antrag Frey ein, während **Abg. Jerusalem** für die Aufrechterhaltung des Kommissionsbeschlusses spricht.

Abg. Hammacher (ntl.): Wenn der Staat das Recht erhält, in jedem Augenblicke solche Lokalbahnen zu verstaatlichen, so wird das Kapital sich nicht sehr geneigt zeigen, sich an dem Bau solcher Bahnen zu beteiligen.

Abg. Graf Limburg-Stürum (konf.): Die Regierung erklärt, daß sie nicht geneigt sein würde, Konzessionen zu geben, wenn die Kommissionsbeschlüsse angenommen werden. Das dürfte wohl das größere Uebel sein, und deshalb empfiehlt sich die Wiederherstellung der Vorlage, zumal die Entschädigungen ganz reichlich bemessen zu sein pflegen.

Abg. Lieber (Zentr.): Man kann doch nicht ernsthaft annehmen, daß die Regierungen, wenn der Kommissionsbeschluss angenommen werden sollte, mit der Erteilung von Genehmigungen sparsam sein werde; das würde doch nur eine kleinliche Rache sein. Was hätte denn auch die Sparsamkeit für einen Zweck, wenn Niemand vorhanden ist, der solche Genehmigung beantragt? Nachdem das Staatsbahn-System für die großen Bahnen eingeführt ist, sollte man in Bezug auf die Genehmigung der Kleinbahnen recht weitherzig sein.

Minister Thielen: Sie werden weder durch die Fassung der Kommission das Kapital anlocken, noch durch die Fassung der Regierung das Kapital abschrecken. Es handelt sich doch nur um solche Bahnen, die als Kleinbahnen gebaut werden, weil die Regierung sie als Staatsbahnen nicht baut. Das Letztere wäre dem Interessenten wohl sehr viel lieber. Wir sehen nun einmal jetzt im Staatsbahnsystem und deshalb haben wir demselben auch bei dieser Gesetzgebung Rechnung zu tragen.

Abg. Krause: Es scheint mir ein Widerspruch, daß der Staat den Bau dieser Kleinbahnen ablehnt, aber sofort eine Vorschrift in das Gesetz bringen will, die ihm die Verstaatlichung derselben erleichtert.

Gegen die Stimmen der Konservativen und Freikonservativen wird der Antrag der Kommission aufrecht erhalten. § 27 trifft Bestimmungen über die Bemessung der Entschädigungen, welche, wenn das Unternehmen noch nicht 5 Jahre im Betriebe gewesen ist, nach dem Jahresdurchschnitt des Reingewinnes gemessen werden soll.

Abg. Langerhans hält das für eine Härte und beantragt die Streichung dieser Bestimmungen.

Abg. Krause widerspricht diesem Antrage, dessen Annahme auch **Abg. Gerlich** (L.) für zu weitgehend hält.

§ 27 wird unverändert angenommen. § 33 lautet in der Vorlage: „Zur Anlegung von Bahnen in den Straßen Berlins und Potsdams bedarf es königlicher Genehmigung.“

Die Kommission hat dem Paragraphen folgende Fassung gegeben: „An dem Erfordernis der königlichen Genehmigung für die Anlegung von Bahnen in den Straßen Berlins und Potsdams wird durch das gegenwärtige Gesetz nichts geändert.“

Abg. Lieber (3.) erklärt sich für die Vorlage; die großen Vorteile, welche die Eigenschaft als Residenz mit sich bringt, mußte die bezeichneten Städte bewegen, die kleinen Belästigungen in Kauf zu nehmen, welche die Anwesenheit des königlichen Hoflagers mit sich bringen. Allerdings habe 1874 der König einen Teil seines Rechtes delegiert auf die Minister, aber diese Delegation bedeute nicht eine vollständige Abtretung des Rechtes. Die Fassung des Kommissionsbeschlusses führe nur zu Unklarheiten. Denn was bedeute die Vorschrift der Kabinettsordre, daß die königliche Genehmigung nur für die eleganten Stadtteile Berlins gelten solle.

Minister Thielen schließt sich vollständig diesen Ausführungen an; die Fassung des Kommissionsbeschlusses gebe nur zu Zweifeln Veranlassung. Das Bedenken, daß dadurch die Anlage von Straßenbahnen in Berlin und Potsdam behindert werden könnte, ist nicht begründet. Die Monarchen haben stets ihre Fürsorge für ihre Residenzen, speziell für Berlin bewiesen.

Abg. Graf Limburg-Stürum (L.) hält auch den Beschluss der Kommission für eine Quelle des Zweifels. Wer die Rechte der Krone uneingeschränkt aufrecht erhalten will, muß für die Vorlage stimmen. Daß die Befugnisse der Krone nicht in dem Sinne gehandhabt werden, daß der Verkehr beeinträchtigt wird, sei ohne Zweifel.

Abg. Krause: Ursache des Kommissionsbeschlusses war die Begründung des § 33, in welcher es hieß, daß die Vorschrift derselben für die eleganten Stadtteile Berlins dem bestehenden Rechte entspreche. Daraus wurde geschlossen, daß es sich für die anderen Stadtteile um eine Erweiterung des bestehenden Rechtes handelt; deshalb wurde die anderweitige Fassung gewählt, für welche auch die Mitglieder des Zentrums stimmten, die jetzt allerdings ihre Meinung geändert zu haben scheinen.

Abg. v. Strombeck (3.): Die Zentrumsmitglieder der Kommission haben allerdings für den jetzt vorliegenden Beschluss gestimmt, sie haben sich aber inzwischen überzeugt, daß dadurch Zweifel entstehen können bezüglich der Rechte der Krone, welche 1874 delegiert worden sind, deshalb werden sie jetzt für die Regierungsvorlage stimmen.

Abg. Brömel (skr.): Bei geschickterer Begründung der Vorlage und wenn die Zentrumsmitglieder sich früher unterrichtet hätten, hätte dem Hause die Erörterung ganz erspart werden können. Praktisch habe die Frage gar keine Bedeutung mehr, da wohl zu hoffen ist, daß die Rechte der Krone in demselben Umfange wie bisher delegiert werden.

Eine Verschärfung des Verkehrs ist es aber, daß die Ueberziehung der Straße Unter den Eichen mit der Pferdebahn nicht gestattet wird. Die große Berliner Pferdebahn hatte die Ueberziehung bei der Friedrichstraße beantragt und als dies zurückgewiesen wurde, bei der Charlottenstraße. Hier hat der Minister wegen der Enge der Straße Widerspruch erhoben, der aber inhaltlich nicht begründet ist, da die Pferdebahn Straßen passiert, welche enger sind, als die Charlottenstraße.

Abg. Stengel (3.): Auf solche Einzelheiten gehe ich nicht ein; ich freue mich, daß die Erörterung uns nicht erspart geblieben ist, denn dadurch wird wenigstens die Uebereinstimmung der Parteien festgestellt dahin, daß die Rechte der Krone unverändert bleiben sollen. Das wird am deutlichsten durch die Vorlage ausgesprochen.

§ 33 wird gegen die Stimmen der Freisinnigen und einiger Nationalliberalen nach der Regierungsvorlage angenommen. Nach § 36 der Vorlage sollten die Lokalbahnen verpflichtet sein, die Militärämter nach den für den Staatsbahndienst geltenden Bestimmungen anzustellen.

Die Kommission hatte diesen Paragraph gestrichen. **Minister Thielen:** Die Anstellungsfähigkeit der Militärämter wird durch das Gesetz allerdings nicht wesentlich erweitert, trotzdem muß es der Regierung erwünscht sein, daß auch die Kleinbahnen Militärämter anstellen. Ich möchte deshalb das Haus bitten, sich nicht dem Vorschlage seiner Kommission anzuschließen.

§ 36 wird entsprechend dem Antrage der Kommission verworfen. **Abg. von Tiedemann-Bomst** beantragt folgenden § 37a neu

einzuschließen. Die auf Grund des Dotationsgesetzes vom 8. Juli 1875 den Provinzen überwiesenen Dotationen können auch zur Förderung des Baues von Kleinbahnen verwendet werden.

Abg. Ludowig (ntl.) beantragt, auch das Dotationsgesetz von 1868 (für die Provinz Hannover) hier zu zitieren.

Abg. von Tiedemann-Bomst ist mit diesem Antrage einverstanden und empfiehlt seinen Antrag, weil er die Provinzen als die besten Förderer des Baues von Kleinbahnen betrachtet. Er verweist auf Belgien, wo die Provinzen den Bau von Kleinbahnen erheblich gefördert haben. Es sei die Bedeutung des Antrages, die Provinzen darauf hinzuweisen, daß sie mit ihren Mitteln für den Bau von Kleinbahnen eintreten sollen. Wenn die Provinzen selber Mittel für solche Zwecke bewilligen, dann wird es dem Staate leichter werden, seinerseits eine Unterstützung eintreten zu lassen.

Auf Vorschlag des Präsidenten wird mit dem Antrage die Beratung der von der Kommission vorgeschlagenen Resolution verbunden: Der Königl. Staatsregierung zur Erwägung anheimzugeben, ob die Erweiterung der Verwendungszwecke im § 4 des Dotationsgesetzes vom 8. Juli 1875 auf die Fürsorge für den Bau von Lokalbahnen und die Unterstützung von Gemeinde- und Kreis-Lokalbahnen im Wege der Gesetzgebung herbeizuführen sei.

Abg. Nicker ist mit dem Antrage v. Tiedemann einverstanden und spricht seine Freude darüber aus, daß dieser Gedanke, den er vor 15 Jahren eifrig verfolgt habe, der aber damals gerade von den Parteigenossen des Antragstellers bekämpft worden ist, jetzt Anklang finde. Die Provinzen Ost- und Westpreußen hätten viel Geld gespart, wenn sie statt der theuren Chausseen billigere Kleinbahnen gebaut hätten. Die Fassung des Antrages sei aber verbesserungsbedürftig; vielleicht ziehe der Antragsteller ihn für heute zurück, um ihn bei der dritten Lesung wieder einzubringen.

Der Antragsteller ist bereit dazu, verzichtet aber darauf, da der Präsident v. Köller die Beratung der Debatte vorschlägt, welchem Vorschlage das Haus beitrifft.

Schluß gegen 4 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr. (Fortsetzung des Kleinbahnen-Gesetzes und Beratung des Antrages Reich wegen Errichtung eines Amtsgerichtes auf Helgoland.)

Tokales.

Der Rigborfer Weberstreik sei beendet, melden bürgerliche Zeitungen. Diese Nachricht ist nach der uns vom Streikkomitee zugegangenen Meldung, die wir heute unter der Rubrik „Soziales“ bringen, unzutreffend. Lasse sich also kein Weber und kein Arbeiter durch die Nachricht der bürgerlichen Zeitungen irre führen. Der Streik ist selbstverständlich erst beendet, wenn ihn das Streikkomitee für beendet erklärt.

Die Altersversicherung bringt den Arbeitern nicht bloß allzu geringe und nur einen allzu kleinen Prozentsatz zu Gute kommende Vorteile, sondern diese werden auch obendrein oft von den Arbeitgebern illusorisch gemacht. Es kommen hier namentlich zwei Praktiken der Unternehmer in Betracht. Die eine besteht darin, daß der Unternehmer den Lohn reduziert, angeblich weil er seine Beitragsanteile nicht leisten kann. Der Arbeitgeber ist strafbar, wenn er die von ihm zu leistenden Beiträge als solche vom Lohn abzieht; aber man kann ihn nicht bestrafen, wenn er den Lohn selbst um den Betrag derselben verläßt. Derartige ist z. B. in Berlin bei den Alford-bezahlungen einiger Schuhmacherei-Arbeiter vorgekommen und auch andere Fälle sind berichtet worden. Die andere Manier, wie ein Unternehmer den Arbeiter faktisch um den Vorteil der Rente bringt, und die vom Gesetz dem alten Arbeiter zugebacht Wohlthat sich selber zuführt, besteht darin, daß er den in den Genuss der Altersrente gelangten Arbeiter um den Betrag der Rente im Lohne kürzt. Er sagt ganz einfach: „Du bekommst jetzt die Rente, Deine Ausgaben sind nicht gestiegen und früher bist Du auch ausgekommen, also kannst Du jetzt billiger arbeiten.“ Da derartige Maßnahmen der Unternehmer nicht genereller, sondern individueller Natur sind, d. h. sich jedes Mal nur gegen einen Einzelnen richten, so gelangen sie meist nicht zur Kenntnis weiterer Kreise. Wir können indes manchen Fall dieser Art feststellen und beweisen. Unter solchen Umständen werden die Arbeiter diesem „sozialreformatorischen“ Gesetze nicht nur Gleichgültigkeit, sondern entschiedene Abneigung entgegenbringen; es nützt ihnen nicht bloß nicht, sondern es schädigt sie. Am Besten sind da eigentlich mit dem Gesetze die Pommern dran. Die nämlich jetzt aus Sicht kommt, ist dort bisher noch nie kontrolliert worden, ob die Vorschriften des Gesetzes erfüllt waren oder nicht. Die Altersversicherung ist also dort sozusagen salutariv; am eifrigsten leben sollen diejenigen, die bald in den Besitz einer Rente zu kommen hoffen, so alle die Achtundsechzigjährigen.

Ueber sogenannte Fieber-Thermometer schreibt der „Reichs-Anzeiger“:

„Seit 1885 giebt es im Deutschen Reich eine amtliche Prüfung der ärztlichen oder sogenannten Fieber-Thermometer. Als man sie einführt, wollte man der großen Unzuverlässigkeit entgegenzutreten, unter welcher diese wichtigen Instrumente litten und welche leider zum Teil auch heute noch nicht ganz beseitigt ist. Eine recht stattliche Höhe erreicht die Zahl der Thermometer, welche bei der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt zu Charlottenburg und bei der unter technischer Kontrolle der letzteren stehenden Großherzoglich sächsischen Prüfungsanstalt für Thermometer in Jena alljährlich zur Prüfung gelangen. Um so bedauerlicher aber ist es, daß selbst heute noch zahlreiche Arznei über das Wesen dieser amtlichen Prüfungen wenig unterrichtet sind und diese Unkenntnis es manchen Verfertiger und Händler von Thermometern ermöglicht, diese gemeinnützige Einrichtung zum eigenen Vorteil in ungehöriger Weise auszunutzen. Die amtlichen Prüfungsstellen versehen nämlich nicht nur die von ihnen untersuchten Instrumente mit einer Restempfung, sondern geben ihnen auch Prüfungsscheine bei, welche durch das aufgedruckte Stempelschild des Reichsadlers deutlich als amtliche gekennzeichnet werden. Es kommen aber zahlreiche Thermometer in den Handel, welche einer amtlichen Prüfung nicht unterliegen und gleichwohl mit Prüfungsscheinen versehen sind, nur daß letztere in der Regel vom Verfertiger selbst herrühren, welcher weder die erforderliche Unparteilichkeit, noch auch meistens die für solche Prüfungen nötige Befähigung besitzt. Dabei wird aber, weil die meisten ärztlichen Thermometer von einem Zwischenhändler und nicht vom Verfertiger gekauft zu werden pflegen, die Scheine jedoch von letzterem ausgestellt sind, vielfach der Glaube erweckt, daß eine Nachprüfung von unbetheiligter Seite vorliegt. Häufig findet sich in den Bescheinigungen, um ihnen scheinbar größeren Werth zu verleihen, auch die Angabe, die Kontrolle sei mit einem von der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt oder der kaiserlichen Seewarte oder einer anderen

Behörde geprüften Normal ausgeführt worden. Um die Täuschung noch weiter zu treiben, hat sogar kürzlich ein Thermometerverfertiger den von ihm selbst aufgestellten Prüfungsbescheinigungen das genaue Format und die Anordnung der amtlichen Scheine gegeben, so daß der nicht aufmerksame oder wenig erfahrene Käufer leicht in den Glauben verführt werden kann, einen Schein der letzteren Art vor sich zu haben. Es liegt uns sehr fern, etwa für die ausschließliche Benennung amtlich geprüfter ärztlicher Thermometer hier eintreten zu wollen; wir wissen sehr wohl, daß die amtliche Prüfung eine Kostenvermehrung von wenigstens 50 bis 60 Pfennigen für das einzelne Instrument bedingt und daß angelehnt der leichten Zerbrechlichkeit der Thermometer ein solcher Mehrbetrag nicht als gering angesehen werden darf. Nur sind wir der Meinung, daß jeder Arzt mindestens ein geprüftes Thermometer besitzen solle, schon um die Möglichkeit der von seinen Patienten gebrauchten Fieberthermometer kontrollieren zu können. Dann aber ist es nötig, daß er sich vor Täuschung über den Werth der Prüfungsbescheinigung schützt, und deshalb halten wir es für angemessen, dem mit werthlosen Scheinen getriebenen Unfug entgegenzutreten und den Ärzten dringend anzurathen, als geprüfte Thermometer nur solche zu kaufen, deren Prüfungsbescheinigungen von amtlicher Stelle ausgefertigt und mit dem Stempelzeichen des Reichsadlers versehen sind.

Der Rath des Reichs-Anzeigers scheint uns vernünftig zu sein. Da auch in jeder Haushaltung ein Thermometer sein sollte, glauben wir unseren Lesern einen Dienst zu erweisen, wenn wir ihnen empfehlen, nur amtlich geprüfte Thermometer zu kaufen.

Neue Ausichten eröffnen sich den Telephonarbeitern in dem nachfolgend reproduzierten Erlaß der Postverwaltung, bei welchem zu berücksichtigen ist, daß derselbe Arbeiter betrifft, welche zum Theil schon 10 Jahre in diesem gefährvollen Dienste sich befinden und trotz alledem auch noch gerade im Winter, wo die Bedürfnisse des Menschen der sogenannten gemäßigten Zone sich am meisten häufen, dem ganzen Glend der Arbeitslosigkeit erbarungslos preisgegeben sind. Der Erlaß, welcher an die Berliner Postämter gerichtet ist, lautet im Auszuge:

Berlin, 7. Juni 1892.

Von dem gegenwärtig im Fernsprechbau verwendeten Arbeiterpersonal, ungefähr 350 Mann, ist in der Zeit vom 15. Oktober bis 15. März, wo die Ungunst der Witterung und die Kürze der Tage eine Einschränkung der Arbeiten und ein spärliches wirtschaftliches mit den Arbeitskräften gebieten, der größte Theil der Arbeiter, von dem derzeitigen Bestande mindestens 200 Mann — in den Monaten Dezember und Januar noch weitere Kräfte — aus der Beschäftigung zu entlassen. Bei den Entlassungen der Arbeiter ist in erster Linie auf das weniger gute Personal zurückzugreifen, damit bessere Kräfte beibehalten werden können und ein Stamm tüchtiger Arbeiter der Verwaltung dauernd gesichert bleibt. Selbstverständlich sind Telegraphen-Borarbeiter von der Entlassung ausgeschlossen, sofern nicht besondere Gründe vorliegen, dieselbe eintreten zu lassen.

Der Kaiserliche Ober-Postdirektor, Geheimrath Ober-Poststrath, Griebach.

In Weihensee existirt auch ein katholischer Arbeiterverein. Wir wissen nicht, wie viele Mitglieder dieser Verein zählt, wir wissen auch nicht, was diese Vereinsmitglieder veranlaßt hat, sich gerade als katholische Arbeiter einzuführen. Wir meinen, daß es dem arbeitenden Lohnknecht am Ende gleich sein kann, ob er als Katholik, Protestant, Jude oder Heide — langsam verhungert. Der Weihenseeer katholische Arbeiterverein hat es nun schwer empfunden, daß die Bourgeoispreffe einen Angestellten der katholischen Kirche angegriffen hat, weil er seine Teilnahme bei der Beerdigung eines „ungläubigen“ Katholiken (Kordens) abgelehnt hat. Das ist den Weihenseeer katholischen Arbeitervereinigern sehr nahe gegangen und sie haben an den Angestellten der katholischen Kirche (Probst Fabian) eine Adresse losgelassen. Die „Germania“ veröffentlicht diese Adresse, sie ist nicht wenig stolz darauf, daß es in unmittelbarer Nähe von Berlin noch Arbeiter giebt, die ihren ganzen Mannemuth zusammennehmen, um folgendes Schriftstück unterzeichnen zu können:

Hochwürdigster Herr Probst!

Hochgeehrtester Herr Generalpräses!

Wir, Hochwürden beehrt sich der unterzeichnete Vorstand des katholischen Arbeitervereins in Weihensee gemäß einem einstimmigen Vereinsbeschlusse vom 6. Juni cr. das tiefste Bedauern ganz ehrerbietigst auszusprechen wegen der schmähtlichen Angriffe, welche Sie, hochwürdigster Herr Probst, wegen Ihres pflichtmäßigen Verhaltens bei der Beerdigung des verstorbenen Herrn Oberbürgermeisters von Berlin in ungerechter Weise erlitten mußten. Wir Mitglieder des katholischen Arbeitervereins fühlen schmerzhaft mit Ew. Hochwürden die Ihnen von einer glaubens- und charakterlosen Presse zugefügten Kränkungen; wir blicken aber auch mit Bewunderung zu Ew. Hochwürden empor, weil Sie den Mannemuth gehabt, die vernünftigen Grundfälle unserer hl. Religion trotz der heftigsten Angriffe durchzuführen. Wir lieben und schätzen sehr hoch unsere hl. katholische Kirche, welche ihre tolerante Gesetze (1) auch den in der Welt Hochgestellten gegenüber zur Geltung bringt; denn darin zeigt unsere Kirche doch wahre Toleranz, daß sie keinem Verstorbenen etwas am Grabe anstößt, was er im Leben hartnäckig verweigert hat.

Mit Freuden benutzen wir noch diese Gelegenheit, um Ew. Hochwürden das Gelübniß abzulegen, daß wir in der Verteidigung unseres heiligen katholischen Glaubens Ihnen treu zur Seite stehen und besonders durch treues Festhalten an der heiligen Kirche und durch eifrige Befolgung ihrer weisen Lehren und Vorschriften uns überall als gute Bürger und als wahre Katholiken zeigen wollen.

Mit vorzüglicher Hochachtung zeichnet

Ew. Hochwürden

gehorsamster Vorstand des katholischen Arbeiter-Vereins.

Na, mehr kann man schließlich von Arbeitern nicht verlangen, als daß sie in Devotion und Ehrerbietung versetzen. Der Hochwürdigste und Hochgeehrte hat denn auch die Gewogenheit gehabt, sich in einem herrlichen Brief zu bedanken bei seinen Gläubigen in Weihensee. Er will sein Uebriges thun und sogar der katholischen Schäflein in Weihensee „im Gebet bedenken“.

Es ist schade, daß die Namen des Vorstandes dieses Arbeitervereins nicht mitgetheilt werden, damit diese „Katholischen“ allen wirklichen Arbeitern bekannt würden, die schon wissen, daß es überhaupt in Berlin und Umgegend noch so brav gekannte Arbeiter giebt.

Wie gegen die Schankwirtschaften mit weiblicher Bedienung, so soll auch gegen die Tingeltangeln nimmere eingehritten werden. Die in diesen Lokalen vorgetragenen Vleder sollen — denn wir können darüber nicht aus eigener Wissenschaft berichten — meist aus zotigen und antimilitärischen abwechselnd bestehen. Einzelnen derartigen Unternehmern ist die Konzession genommen worden und in Zukunft soll sie nur mit Vorsicht ertheilt werden. Das ist nun schon ganz gut. Wenn aber die Polizei meint, daß sie durch die Unterdrückung der öffentlichen Unsitlichkeit positiv die Sittlichkeit heben könne oder gar durch den einfachen Akt des Verbots schon gehoben habe, so werden wir uns nach Jahren wieder sprechen. Anscheinend beabsichtigt man jetzt überhaupt die Unterdrückung der öffentlichen Unsitlichkeit, insbesondere der freien Prostitution. Die Schließung der „Damenkneipen“ muß notwendig das Angebot von Prostitutionen vermehren und es wird allgemein so aufgefaßt, daß man dann die Prostituirten scharfer ansassen und hart bestrafen werde. Die Einrichtung von Bordellen ist ja gegenwärtig der Wunsch der Bourgeois, und sie hoffen, daß „dann aber auch“ die freie

Prostitution mit rücksichtsloser Stenage verfolgt werde. Wir werden ja bald erfahren, ob solche Absichten bestehen und ob sie etwa, um eine Verhandlung in der gesetzgebenden Körperschaft zu umgehen, einfach in Gestalt einer faktischen Duldung verwirklicht werden sollen. Die bürgerliche Gesellschaft kann, das wird man dann erfahren, weder auf die eine noch auf die andere Weise von einem Geschwür geheilt werden, dessen Ausschneiden ihren Organismus tödtlich verleiht.

Die Säbelaffäre in Schöneberg erscheint in einem wesentlichen anderen Lichte nach den Bekundungen von Augenzeugen, welche gegen die bisherige Darstellung des Vorganges protestiren, und welche die „Allgemeine Fahr-Zeitung“ ihren nummernreichen Mittheilungen zu Grunde legt. Nach diesen kamen am dem fraglichen Tage Abends gegen 10 1/2 Uhr zwei Droschken, eine Gepäddroschke und eine Droschke 1. Klasse von Friedland her und machten vor der Schloßbrauerei in Schöneberg Halt. Die Fahrgäste stiegen aus und holten für sich und die beiden Kutscher je ein Glas Bier heraus. Der eine der Fahrgäste hatte eine Drehorgel bei sich; diese wurde aus der Droschke genommen und an den Jaun des Brauereigartens gestellt. Nicht der Besitzer der Drehorgel, sondern andere Personen machten sich einen Ul und entlockten dem Kasten einige allerdings herzerreißende Töne. Ein Gendarm notirte deswegen den Besitzer der Drehorgel. Dieser behauptete aber, er habe nicht gespielt und wurde in dem entstehenden Wortstreit mit dem Gendarmen von dem Kutscher Ernst Schulte, mit welchem er fuhr, unterstützt. Der Gendarm verbat sich dies energisch und herrschte den Kutscher an: „Scheeren Sie sich zu Ihrem Fuhrwerk“. Der Drehorgelbesitzer wurde schließlich arretirt und zwar unter Beihilfe eines Nachtwächters und mehrerer Zivilpersonen, da der Arrestant sich energisch zur Wehre setzte. Gleich darauf trat ein anderer Gendarm, Namens Höppler, an Schulte heran mit den Worten: „Sie sind mein Arrestant! Kommen Sie sofort mit zur Wache, widrigenfalls ich von meiner Waffe Gebrauch mache“. Schulte erwiderte: „Gewiß komme ich mit, nur möchte ich erst mein Bier austrinken“. Daraufhin zog der Gendarm seinen Säbel, entriß dem Schulte das Glas und schlug unbarmherzig mit der scharfen Klinge auf ihn ein, dabei rufend: „Sie wollen sich noch widersehen?“ und hieb so lange, bis der Wehrlose am Boden lag. Er setzte dies auch noch fort, als Schulte wehklagend bat, ihn doch nicht tödt zu schlagen, da er ja doch Frau und Kinder hätte. Von Passanten wurde der Schwerverletzte aus einer großen Stuttlache aufgehoben und nach dem Garten der Brauerei getragen. Er blutete aus unzähligen Säbelwunden. Mitleidige Personen legten ihn dann wieder in seine Droschke und fuhren ihn nach dem Krankenhaus. Dort wurde er von zwei Feuerwehrlenten untersucht. Da die Verletzungen aber so gefährlicher Natur waren, wurde er auf Anrathen mehrerer Zivilpersonen nach dem Elisabeth-Krankenhaus geschafft, wo er noch heute schwer krank darnieder liegen soll. Einen Begriff von der Wucht und Bösartigkeit der Droschke, welche Schulte von dem Gendarmen mit dessen Säbel erhalten hat, ermöglicht der Umstand, daß das Zünden der Kopfwunden allein nahezu zwei Stunden Zeit in Anspruch genommen hat. Außerdem ist der linke Arm total zertrümmert und weist so viele Hiebwunden auf, daß die Ärzte an der Wiederherstellung desselben zweifeln. Im Uebrigen ist der Gesamtszustand des Verletzten nach Ausspruch der Ärzte ein sehr bedenklicher. Die Durchschlagkraft eines Gendarmenssäbels veranschaulicht der Virechut des Schulte, welcher nach Meinung der Ärzte sein Lebensretter gewesen ist. Derselbe ist buchstäblich zerfetzt, ebenso durch den Mantel und der Hock. Die Sachen sind mit Blut durchtränkt. Nach den übereinstimmenden Aussagen der Zeugen kann von einem Widerstande oder einer Widersehlichkeit Seitens des Schulte absolut keine Rede sein. Dies ist um so mehr zu glauben, als Schulte ein sehr ruhiger und äußerst anständiger junger Mann ist. Er hat ca. 6 Jahre hintereinander bei dem Fuhrherrn Jemlin gefahren und ist jetzt bereits wieder seit ein Jahr bei dem Fuhrherrn G. H. H. als Droschkenkutscher beschäftigt. Da derselbe Mitglied des Vereins Berliner Droschkenkutscher ist, hat der Vorstand desselben die Angelegenheit in einer Angelegenheit der dritten Gendarmereibrigade unterbreitet und von dieser bereits die Antwort erhalten, daß dieselbe diese Sache gehörig untersuchen und eventuell das Weitere veranlassen wird.

Die mondcheinhellsten Sommernächte bieten den Berlinern gewöhnlich Anlaß zu sogenannten Nachpartien. Bis vor einigen Jahren gehörten diese nächtlichen Ausflüge noch zu den Seltenheiten, und ihre Theilnehmer konnten sich ihrer Leistung an Kraft und Ausdauer in Zurücklegen weiter Fußtouren rühmen. In letzter Zeit hat sich das geändert. Die letzten Vorortzüge, welche aus Berlin am Sonnabend Abends und in der Nacht abgehen, sind nicht selten überfüllt mit Ausflüglern, denen das lähne Unternehmen einer Nachtour deutlich anzuziehen ist. Am letzten Sonnabend hatte auch eine hiesige Dampfergesellschaft die Vollmondsgelegenheit benützt, um eine große Nachtpartie nach Grünau zu veranstalten und sechs große, schnell hintereinander abgelassene und sämmtlich überfüllte Dampfer bewiesen, daß das Publikum diesem Unternehmen Verfall spendete. Größer noch als die Zahl der Theilnehmer an der Dampferpartie war die der nächtlichen Ausflüglern, welche mit der Eisenbahn nach Grünau kamen. Das Gewitter am Sonnabend Nachmittags hatte den Staub der Wege und Chauveens niedergeschlagen und bei der noch immer herrschenden Schwüle mußte der Aufenthalt im Freien und eine Wanderung über Feld während der Nacht besonders erquickend sein. Die Wirthe in Grünau, welche ein sehr gutes Nachtgeschäft machten, beschäftigten eifrig diese Meinung und fügten nur hinzu, es müsse noch erst später in der Nacht und etwas kühler werden. Gegen Mitternacht führten die Dampfer nach Berlin zurück. Vom vollen Monde war Nichts zu sehen, denn dieser verbarg sich hinter dicken Wollbergen und bald ging über Grünau und Umgegend ein furchtbares Unwetter nieder, das alle nächtlichen Fußgänger unter das nächste Dach schuchte. Am Sonntag konnte man noch solchen verregneten Nachtgestalten dort begegnen, denen die nächtliche „Erbolung“ deutlich auf dem Gesicht geschrieben stand. Sie trösteten sich mit der Hoffnung „beim nächsten Vollmond mehr Vergnügen“!

Zu der Fallschirm-Affäre in Weihensee wird uns von Augenzeugen und Sachleuten noch mitgetheilt, daß Frau Carol-Großmann leiblich durch eigene Schuld den Tod gefunden hat und daß die Version, der Leibriemen, welchen sie sich angeblich umgeschminkt, sei gerissen, völlig falsch ist. Die uns geschildert wird, verliert der Abstürzende jedesmal, sowie er den zusammengelappten Fallschirm in der Hand und mit dem am Karabiner befestigten Seilgurt zur Gondel hinausschleift, für etwa vier bis fünf Sekunden das Bewußtsein und kommt erst wieder zu sich, wenn der Fallschirm sich ausbläht. Die G. hat nun, weil ihr bereits mehrere Male das Experiment, sich nur mit den Händen an dem Schirmring festzuhalten, ohne sich anzufassen, gelungen, auch diesmal so gehandelt; sie hat dann während des Absturzes den Krampf erst in der rechten Hand bekommen, der sie zwang, loszulassen, und sie hat, wie Augenzeugen deutlich beobachteten, mehrere Male vergeblich mit der linken Hand versucht, den Ring des Fallschirms zu sich heranzuziehen, um mit der rechten Hand danach greifen zu können, was ihr leider nicht gelang. — Gestern ist der Fallschirm intakt im See gefunden worden, nur der Leibriemen fehlte, so daß sich sicher annehmen, daß die Kräfte denselben gar nicht bei sich gehabt. Das Gerücht, Frau G. habe in dieser Weise durch Selbstmord enden wollen, ist böswilliges oder thörichtes Geschwätz, dem bei der durchaus glücklichen und harmonischen Ehe der Verstorbenen nicht energisch genug entgegen getreten werden kann.

Zum Manzel'schen Morde. Es fällt in weiten Kreisen auf, daß die Ermittlung des Mörders der Postkassensfrau Manzel so lange Zeit in Anspruch nehmen konnte. Wie uns

einer unserer Berichterstatter mittheilt, lagen von Anfang an Verdachtsmomente gegen Otto Wagenschuh vor, welche, wenn die Behörde diese ins Auge gefaßt, zur Auffindung des Mörders unbedingt hätten führen müssen. Es steht fest, daß Otto W. sich von seiner Mutter, nachdem ihm bei Ausübung des Verbrechens sein Studaturnmesser zerbrochen, am Tage nach der That ein solches Küchenmesser geben ließ, welches er ferner für die Arbeit benützte. Kurz nach dem Morde ließ sich der Bursche, der nie über ein Zehnmarkstück zu verfügen gehabt, einen theuren Anzug anfertigen, für welchen er 50 Mark Anzahlung leistete und zwar bei dem Schneider Kropf; der Anzug war noch nicht fertig gestellt, als der Letztere verhaftet wurde und wurde unvollendet dem Otto W. ausgeliefert! — In der Mordsache ist von der Familie Wagenschuh, die doch sammt und sonders mit der Manzel bekannt war, nur die Frau W. — soweit wir wenigstens wissen — vernommen worden, der übel beleumundete Otto W. hat in der Mordaffäre nie ein Verhör zu bestehen gehabt. Uebrigens hätte ein Verhör des Wagenschuh — der unserem Darfurchhalten nach als Bekannter der Ermordeten von der Kriminalpolizei hätte unbedingt vernommen werden müssen — lange nicht so große Spesen gemacht, wie die Verhaftung der Spitzhaken Koch und Fabian, zu deren Kognitionszwang zunächst ein höherer Kriminalbeamter in Begleitung eines Dienstmädchens nach Magdeburg fuhr, worauf beide Verhafteten dann von dort nach Moabit überführt wurden.

Unfall. Direkt in eine Droschke hinein rannte vorgestern Abend gegen 7 Uhr an der Wilhelmstrassen-Ecke ein in einem Geschäft in der Leipzigerstraße beschäftigter Laufbursche, welcher sich mit einem Kollegen herumjagte. Wiewohl der Kutscher das Gefährd noch rechtzeitig zum Stehen brachte, zog sich der junge Mann, welcher bei dem Anprall an die Deichsel der Droschke niederlurzte, einen Bruch des rechten Oberschenkels zu. — Gestern Vormittag stürzte das Pferd der Droschke 6192 an der Ecke der Frankfurter- und Koppenstraße. Der Schneider Siegfried Gellert wollte dem Kutscher behilflich sein, das Thier aufzurichten, und saßte dasselbe am Kopf. Beim Aufspringen trat ihm nun das Pferd derartig auf den rechten Fuß, daß das Blut aus dem Stiefel spritzte. Der Verunglückte wurde nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht.

Ein gräßliches Unglück hat sich am Montag Nachmittags in der Eisenbahn-Verkstatt bei Tempelhof zugegetragen. Die eine Dampfanlage derselben war schadhaft geworden und sollte reparirt werden. Zu diesem Zweck begaben sich drei Arbeiter in der Meinung, daß der Dampf durch die Maschine vollständig herausgelassen wäre, in die dampfsteren Kanäle der Anlage. Der Dampf war aber nur durch die Maschine abgesperrt worden und die Entfernung desselben wurde gerade vorgenommen, als sich die Arbeiter in den Dampfkanälen befanden. Durch den plötzlich ausströmenden heißen Dampf wurden die Arbeiter so stark verbrannt, daß einer derselben zu dem in Tempelhof wohnenden Kassenarzt Dr. Schuster mittelst Bahre getragen werden mußte, um ihm die erforderliche sofortige Hilfe zu Theil werden zu lassen. Die anderen beiden Verunglückten wurden nach dem Krankenhaus geschafft.

Eine Brutalität sondergleichen ist am 13. d. M. Vormittags um 11 Uhr in der Prenslanerstraße nahe der Liniensstraße verübt worden. Es ging dort nämlich ein Kindermädchen, das ein kleines gegen 4 Jahre altes Mädchen an der Hand führte und einen gegen ein Jahr alten Knaben auf dem Arm trug. Der Knabe, der noch Kinderart sein Aermchen um den Hals des Kindermädchens gelegt hatte, schrie plötzlich laut auf und das dadurch erschrockene Kindermädchen mußte zu seinem Entsetzen sehen, daß ein gegen 20 Jahre alter Mann, der hinter ihr gegangen, dem Kinde mit einem scharfen Instrument das Glied eines Fingers zer schnitten hatte. Leider ist es nicht gelungen, den verruchten Patron dingfest zu machen, da derselbe, als das Mädchen sich von ihrem Schreck erholt und mehrere Männer zur Verfolgung anrief, in die Liniensstraße gelaufen und dort verschwand war.

Auf dem Rutschbock gestorben. Der Droschkenkutscher Köppen fuhr vorgestern Abend gegen 9 Uhr gerade auf seinen Fuhrhof, Greifswalderstr. 53, ein, um dort auszuspannen, als er plötzlich vom Bock herabstürzte und leblos liegen blieb. In seinem eigenen Gefährt wurde Köppen nach dem nächsten Krankenhaus gebracht, woselbst der ergraute Rosselenker bald darauf am Schlagfluß verstorben ist.

Blutschläge. Ein schweres Unglück hat sich am vergangenen Sonnabend in der Villenkolonie Rahndorf bei Friedrichshagen ereignet. Vier Arbeiter wollten sich bei Ausbruch des Gewitters, gegen 4 Uhr Nachmittags, nach einer nahe gelegenen Baubude zurückziehen, kamen jedoch nicht so weit und blieben unter einem Baume stehen. Plötzlich fuhr ein Blitz in den Stamm, der die vier Personen zu Boden warf; drei derselben erholten sich schnell wieder, dem Vierten aber, dem in Friedrichshagen wohnhaften 25-jährigen Maurer Gustav Rau, hatte der Blitz die Schädelkapsel aufgerissen, so daß er sofort verstorben war. Ein zufällig nach der Unfallstelle kommender Bruder des Getödteten brach bei der Beiche bewußtlos zusammen und mußte, schwer erkrankt, nach dem Krankenhaus Bethanien überführt werden.

An demselben Tage und zu derselben Stunde entgingen acht Angehörige der Patent-Vinoleumfabrik in Köpenick dem Tode durch Blitsschlag noch im letzten Augenblick. Dieselben befanden sich, als das Gewitter losbrach — die Firma feierte gerade ein Sommerfest —, in dem Walde an der Woltersdorfer Schleuse und hatten vor dem heftigen Regen Schutz unter einer dickstämmigen Tanne gesucht. Nach kurzem Aufenthalt wurde von einer Seite das Bedenken laut, daß es doch gefährlich sei, während des Gewitters unter einem Baum zu stehen. Daraufhin trafen die acht Personen unter der Tanne hervor. Raum aber hatten sie wenige Schritte gethan, als ein Blitz in den Baum fuhr, denselben spaltete und in flammendem Feuer verzehrte.

In Weihensee wurde um dieselbe Stunde der Telephon-Anschluß der Hünsl'schen Papierfabrik durch den Blitz zerstört, wobei zwei in der Nähe des Anschlusses sich aufhaltende Personen vorübergehend betäubt wurden.

Vergiftet. Der Handelsmann Gerecke läßt in der Damm-dorfer Forst-Faulbaumholz schlagen und abborken. Zur Verpackung der Hinde wurden ihm vorgestern Sacke aus einer Apotheke zugesandt, in welchen sich von dem ursprünglichen Inhalte, Wurzeln von Eisenhut, noch ein Rest befand. Der 24-jährige Sohn Gerecke's nahm eine von diesen Wurzeln in den Mund und bot auch seinen Arbeitern einige an mit den Worten: „Was aus der Apotheke kommt, muß gut sein.“ Nach kurzer Zeit klagte Gerecke über Unwohlsein, und bald darauf verstarb er unter schrecklichen Qualen. Auch bei den Arbeitern, welche die Wurzeln probirt hatten, stellten sich heftige Schmerzen ein; ein Arbeiter aus Vorgelbe mußte auf einem Wagen nach Hause geschafft werden. Der Verstorbene war der einzige Sohn seiner Eltern.

Selbstmordversuche. Am Blöhensee hatte vorgestern auf einem Ausfluge nach Saatwinkel eine Berliner Familie Mittagsruhe abgehalten. Als man wieder aufbrechen wollte, vernahm man den Bräutigam der ältesten Tochter. Man fand ihn schließlich an einem Baume hängend; er wurde sofort abgehängt und ins Leben zurückgerufen. Beiragt, was der Verengrund zu der That sei, erklärte er, er sei vor Kurzem arbeitslos geworden. — Gestern Abend gegen 8 1/2 Uhr sprang der Kaufmann Gustav Reissner in das Engelbeden, wurde jedoch von dem Schiffer Bernhard Schulz gerettet.

Mehrere Mitglieder der Freien Vereinigung der Kaufleute haben die Begründung eines Männergesang-Vereins beschlossen, welcher sich dem Arbeiter-Sängerbund einfügen soll.

Die erste Zusammenkunft behufs Konstitutionierung des Vereins findet Freitag, den 17. Juni, im Restaurant Bodenburg statt. Stimmbegabte Herren sind zu derselben freundlichst eingeladen.

Polizeibericht. Am 13. d. Mts. Vormittags gerieth ein Arbeiter vor dem Hause Schöneberger Ufer 5-9 unter die Räder eines Rosswagens und wurde am Fuß bedeutend verletzt. — Vor dem Hause Alterstraße 166 wurde Nachmittags ein sechsjähriger Knabe von einem Weivrad überfahren und am Kopfe so schwer verletzt, daß er nach dem Lazarus-Krankenhaus gebracht werden mußte. — Abends sprang ein Mädchen aus dem Küchenfenster der im Erdgeschoß des Hauses Frankfurter Allee 112 belegenen Schankwirtschaft auf den Hof hinab und erlitt ansehend schwere innere Verletzungen. Es wurde nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht. — Abends fanden zwei kleine Brände statt.

Gerichts-Beilage.

Grober Unfug. Gegen den 73 Jahre alten Handelsmann R. war, weil er am Abend des 13. März in der Friedrichstraße einem bei ihm vorbeisitzenden jungen Mädchen ohne ersichtlichen Grund einen Schlag ins Gesicht versetzt hat, durch amtlicher Strafbefehl eine Woche Haft verhängt worden. Auf den von dem Betroffenen erhobenen Einspruch gelangte dieser Fall zur Kognition der 132. Abtheilung des Berliner Schöffengerichts. Der bejahrte Angeklagte erklärte, daß er die ihm zur Last gelegte That nicht bestreiten könne. Nichtsdestoweniger erachte er sich für dieselbe nicht verantwortlich, denn das junge Mädchen habe ihm beim Vorbeisitzen auf den linken Fuß getreten, der mit einem sehr empfindlichen Hühnerauge behaftet ist. Vor ungrimmigem Schmerz habe er impulsiv mit seiner rechten Hand zugeschlagen und einige Schimpfworte ausgesprochen. Seiner Absicht habe dieser Akt nicht entsprochen, wie wohl aus seiner bisherigen völligen Unbestraftheit entnommen werden könne. Die als Zeugin vernommene junge Dame giebt die Möglichkeit zu, den Angeklagten auf den Fuß getreten zu haben; sie habe denselben auch nur auf die Intervention eines Herrn festnehmen lassen. Der Gerichtshof erblüht in der Nichtbeherzigung auf öffentlicher Strafe einen groben Unfug, ahndet denselben jedoch nur mit 3 M. event. 1 Tag Haft.

Gemeiner Wucher. Eine empfindliche Strafe verhängte gestern die erste Strafkammer des Landgerichts I über den Kaufmann Knobbe, der des Wuchers angeklagt war und durch die Beweisaufnahme für überführt erachtet wurde. Der Klempner Steiner befand sich im Februar v. J. in arger Geldverlegenheit. Er betrieb die Anfertigung von Internen für den Export und war Zahlungsverpflichtungen eingegangen, die er nicht erfüllen konnte. Er suchte durch die Zeitung ein Darlehen von 2000 M. Der Angeklagte meldete sich, worauf Steiner mit ihm in Verbindung trat. Zunächst zog der Angeklagte über ihn Erkundigungen ein und da diese günstig lauteten, erklärte er sich zur Herabgabe des Geldes bereit. Wie Steiner im Termine befandete, hatte der Angeklagte von vorne herein erklärt, daß er unter 50 Prozent keine Geldgeschäfte mache. Da Steiner mehrere Wechsel zu decken hatte, so mußte er in den sauren Apfel beißen. Er übergab dem Angeklagten einen Sechsmonatswechsel über 2500 M., wofür er aber nur 2150 M. erhielt. Am Versalltage konnte Steiner nicht zahlen. Der Angeklagte war zur Prolongation des Wechsels bereit, wenn Steiner 500 M. abzahlen und die übrigen 2000 M. wiederum mit 50 pCt. verzinsen wolle. Steiner erklärte, hierzu außer Stande zu sein, er könne das Kapital höchstens mit 8 pCt. verzinsen. Nun ließ der Angeklagte den fälligen Wechsel auslagern und bei dem Schuldner pfänden. Steiner behauptet, durch dies Verfahren völlig ruinirt worden zu sein. Alle übrigen Gläubiger hätten Anschluß-Pfändungen vornehmen lassen und nach wenigen Tagen sei er außer Stande gewesen, sein Geschäft weiter zu betreiben. Sein Hab und Gut habe einen Werth von circa 40 000 M. gehabt, seine Schuldenlast nur reichlich 7000 M. betragen und dennoch hätten die Gläubiger nicht vollumfänglich befriedigt werden können, da bei den Zwangsverkäufen wahre Spottpreise erzielt worden seien. Der Staatsanwalt hielt den Wucher für vorliegend, er beantragte gegen den Angeklagten drei Monate Gefängnis und 3000 M. Geldstrafe. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Breschner, führte aus, daß eine eigentliche Nothlage des Zeugen Steiner nicht vorhanden gewesen sei und plädierte deshalb auf Freisprechung. Der Gerichtshof erkannte nach dem Antrage des Staatsanwalts.

Der Fabrikbesitzer Franz Spielhagen hatte sich gestern vor der siebenten Strafkammer des Landgerichts I wegen eines Unfallschalles zu verantworten, der am 23. Februar d. J. in seiner in der Rostigstraße belegenen Stearinfabrik sich ereignete. An jenem Tage hatte der Arbeiter Jahn bei einem großen freistehenden eingemauerten Bottich zu thun, zu dem eine kleine hölzerne Laufbrücke führte. Einige Tage zuvor war an jenem Bottich eine Reparatur vorgenommen worden, welche es nöthig machte, daß der Deckel entfernt wurde. Am 23. Februar war der Bottich, der mit einer siedenden Masse angefüllt war, noch theilweise unbedeckt, auch fehlte noch auf der einen Seite der Laufbrücke das Geländer. Der Arbeiter Jahn rutschte aus, als er die Brücke passirte; mit einem Bein fiel er in die siedende Flüssigkeit und mit dem rechten Arm fiel er auf den ebenfalls heißen, metallenen Rand des Bottichs. Zum Glück hatte er noch soviel Kraft, sich heraus zu schwingen, dann wurde er aber ohnmächtig. Die Brandwunden, die er davongetragen, sind noch nicht geheilt. Der Gerichtshof erblüht eine Fahrlässigkeit des Angeklagten darin, daß derselbe nicht für eine interimistische Schließung des Bottichs bis zur beendeten Reparatur Sorge getragen und verurtheilte denselben nach dem Antrage des Staatsanwalts zu 300 M. Geldstrafe.

Gegen den Gerichtsdirektor Dr. Zimmermann wurde gestern vor der 137. Abtheilung des Schöffengerichts eine Privatklage verhandelt, welche der Chemiker Dr. J. Brackebusch gegen ihn angestrengt hatte. Der Beklagte ist Vorsitzender der 19. Zivilabtheilung, vor welcher Dr. Brackebusch derzeit in einer Klage zu erscheinen hatte, die gegen ihn von einem seiner früheren Angestellten erhoben worden war. In diesem Verfahren wurde das Zeugniß der Gattin des Beklagten Dr. Brackebusch nöthig. Als die Dame vernommen werden sollte, stellte ihr Gatte sich dicht hinter sie. Der Vertreter des damaligen Klägers, Rechtsanwalt Kleinholz, hatte den Vorsitzenden vorher darauf aufmerksam gemacht, daß Dr. Brackebusch in einer früheren Prozeßsache, in welcher seine Ehefrau ebenfalls als Zeugin aufgetreten war, sich nicht durchaus passiv verhalten hatte. Als der Vorsitzende nun bemerkte, daß Dr. Brackebusch vor der Vernehmung seiner Ehefrau unruhig mehrere Male auf und ab ging und sich dann hinter sie stellte, mochte er wohl annehmen, daß Dr. Brackebusch die Zeugin beeinflussen würde. Er fragte ihn: „Wer sind Sie?“ und als ihm hierüber Auskunft geworden, befahl er: „Gehen Sie zurück!“ Dr. Brackebusch folgte der Aufforderung etwas zögernd, worauf der Vorsitzende, mit dem Finger nach der Wand deutend, sagte: „Noch weiter! Noch weiter! Stellen Sie sich ganz hinten hin!“ Als Dr. Brackebusch dann nicht weiter zurückweichen konnte, meinte der Vorsitzende: „Ich habe es schon mit Mißfallen bemerkt, daß Sie im Saale auf und abgingen, das ist nicht anständig.“ Diese Zurechtweisung lag der Privatbeleidigungsklage gegen den Landgerichtsdirektor Zimmermann zu Grunde. Derselbe ließ sich durch Rechtsanwalt Kleinholz vertreten, während dem Kläger der Rechtsanwalt Haetzelt zur Seite stand. Nachdem der Thatbestand wie vordahin mitgetheilt festgestellt worden war, beantragte der Vertreter

des Klägers die Bestrafung des Beklagten. Derselbe habe allerdings die Gerichtsdisciplin während der Verhandlung in seinen Händen, aber die ihm zustehenden Befugnisse überschritten. Der Kläger stehe auf demselben Bildungsgrad wie der Beklagte, und es sei gewiß im hohen Grade beleidigend, wenn dem Kläger der Vorwurf der Unanständigkeit gemacht und er in die Ecke gewiesen werde, als sei er ein unartiger Schulknabe. Die Bestrafung des Beklagten, daß der Kläger die Zeugin beeinflussen würde, sei als ein Ausschluß der Vereinigungsmöglichkeit anzusehen, denn Nichts sei natürlicher, als daß ein Ehemann in der Nähe seiner Ehefrau sich halte, wenn diese vor Gericht als Zeugin zu erscheinen hätte. Der Kläger fügte noch hinzu, daß der Ton des Vorsitzenden ein sehr barscher gewesen sei und daß er sich eine derartige Beleidigung im bürgerlichen Leben nie gefallen lassen würde. Der Vertreter des Beklagten, Rechtsanwalt Kleinholz, führte dagegen aus, daß derselbe nur von dem ihm zustehenden Recht Gebrauch gemacht habe, um die Disciplin im Gerichtssaale aufrecht zu halten, in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe und deshalb freigesprochen werden müsse. Diefen Ausführungen trat der Gerichtshof bei und sprach den Beklagten frei, obgleich anerkannt werden müsse, daß in objektiver Beziehung eine Beleidigung vorliege.

Ein Prozeß, bei welchem der Ausschluß der Öffentlichkeit mit peinlichster Strenge durchgeführt wurde, beschäftigte gestern die zweite Strafkammer des Landgerichts I unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Bransewetter. Angeklagt war ein Mann, der den hiesigen und auswärtigen Behörden schon viel zu schaffen gemacht hat, der ehemalige Hauptmann Sidney W. Danne, ein Abenteurer, wie es nur wenige ihres Gleichen geben dürfte. O'Danne hat auf die Empfehlung einflußreicher Personen hin derzeit dem jetzigen Kaiser nahe gestanden, als derselbe noch Prinz war. Während des 1870er Feldzuges wurde er wegen Deutemachens zu einer Festungsstrafe von neun Monaten verurtheilt. Später ließ er sich eine Unterschlagung zu Schulden kommen, welches seine Ausstoßung aus dem Offiziersstande zur Folge hatte. Von jetzt an begann für O'Danne ein unruhiges abenteuerliches Leben. Er hielt sich abwechselnd in Paris, Italien oder in der Schweiz auf. Ueberall gerieth er mit den Behörden in Konflikt. In der Schweiz beging er einen äußerst raffinierten Betrugsversuch. Bei seiner Verhaftung stellte sich heraus, daß er seit längerer Zeit mit den regierungseindlichen Irländern in geheimer Verbindung stand, daß er beabsichtigte, sich an ihre Spitze zu stellen und zu diesem Zwecke Waffen und Geldmittel sammelte. O'Danne wurde dann nach Deutschland gebracht und hier wegen einer Anzahl Straftaten zu vier Jahren Gefängnis verurtheilt. Diese Strafe muß binnen kurzem abgelaufen sein. Ueber die ihm jetzt wieder zur Last gelegten Straftaten wird strenge Geheimhaltung gepflogen, schon vor der Verlesung der Anklagebeschuldigung wurde der Zuhörerraum geräumt. Es sind eine Anzahl hochstehender Militärpersonen als Zeugen geladen, außerdem der Professor Rofe als Dolmetscher der französischen Sprache. In der Vorladung eines Zeugen, die der Berichterstatter zu Gesicht bekam, werden die dem Angeklagten zur Last gelegten Straftaten als „Wissenschaftliche Anschuldigung pp.“ bezeichnet. Die Verhandlungen nahmen den ganzen Tag in Anspruch und können wir das Urtheil deshalb erst morgen mittheilen.

Das Kammergericht hat, wie die „Freie Ptz.“ mittheilt, am 14. April 1892 eine Polizeiverordnung der Regierung zu Düsseldorf, welche die Ankündigung von Heil- und Geheimmitteln unter Strafe gestellt, für ungültig erklärt, weil solche Polizeiverordnungen eine unzulässige Beschränkung der durch Art. 27 der Verfassung gewährleisteten Freiheit der Presse enthalten. Jede Beschränkung der Pressefreiheit kann dadurch nur durch Gesetz, nicht durch Polizeiverordnungen erfolgen. Da das Kammergericht die höchste Instanz ist in Sachen des öffentlichen preussischen Landesrechts, so stellt diese Entscheidung die Gültigkeit sämtlicher Polizeiverordnungen, welche die Ankündigung von Heil- und Geheimmitteln verbieten, in Frage.

Entscheidungen des Reichsgerichts. Ein von einem polizeilich angestellten Hundebesitzer abgefangener und nach dem amtlichen Hundepapier abgelieferter Hund ist, nach einem Urtheil des Reichsgerichts, IV. Strafsenats, vom 12. Februar 1892, in Preußen als polizeilich beschlagnahmt zu erachten und die Entziehung aus dieser Bestrafung ist nach § 137 des Strafgesetzbuchs als Verstoß zu bestrafen. — Die Zerstörung oder Beschädigung eines Grabes ist, nach einem Urtheil des Reichsgerichts, III. Strafsenats, vom 15. Februar 1892, als ein Vergehen gegen die Religion aus § 168 des Strafgesetzbuchs zu bestrafen, auch wenn dabei ein befonderer, auf Pietätverletzung gerichteter Voratz nicht vorhanden gewesen ist.

Soziale Ueberblick.

In London ist ein Streit der Maurer durch Vergleich zwischen denselben und den Meistern verhärtet worden.

Noch recht häufig kommt es vor, daß die Behörden die Anmeldung der Krankenkassen-Versammlungen verlangen. Dazu haben dieselben aber durchaus kein Recht. Auf der Pflingten in Halle fortgesetzten Generalversammlung der Zentral-Krankenkasse der Fischer theilte der Vorsitzende mit, daß eine diesbezügliche am 11. Juni v. J. an den Regierungspräsidenten zu Merseburg eingereichte Beschwerde in folgendem Schreiben für begründet erachtet wurde:

Halle a. S., 2. August 1891.
Der Zentral-Kranken- und Sterbefälle wird auf die Beschwerde vom 11. Juni hierdurch eröffnet, daß der Regierungspräsident in Merseburg diese Beschwerde für begründet erachtet und die Aufhebung der diesseitigen Verfügung vom 8. Juni, durch welche die Anmeldung der Generalversammlung der Zentral-Kranken- und Sterbefälle auf Grund des preussischen Vereinsgesetzes geordnet wurde, angeordnet hat. Die Aufhebung der fraglichen Verfügung wird daher hierdurch ausgesprochen.
Die Polizeiverwaltung.

„Christliche Liebe“ auf dem Laude. In der Altenburger Landeszeitung (Nr. 195 vom 11. Juni 1892) lesen wir über eine Altenburger Schöffengerichts-Verhandlung: „Die Dienstmagd Nina Böschel aus Dobitzsch, 3. J. bei dem Rittergutsbesitzer Eichhorn in Pöschwitz in Diensten, hatte während ihres achtstägigen Krankendienstes bei demselben eine kleine Partie Heu beschädigt. Ihr Dienstherr Eichhorn hatte gegen diese seine noch unbestrafte Dienstmagd Antrag auf deren Bestrafung gestellt (!) Das Gericht verurtheilte dieselbe wegen Sachbeschädigung zu der geringsten Strafe, der eines Verweises.“

Die Schlusszeit für die Sonntagsbeschäftigung der Gehilfen im badischen Handelsgewerbe ist bei den unter der Leitung der Landeskommission geführten Beratungen der Amtsvorstände eingehend erörtert und auch eine Uebereinstimmung erzielt worden, wobei dem Gesichtspunkt Rechnung getragen wurde, daß abgesehen von besonderen Verhältnissen die Schlusszeit nicht später als um 3 Uhr Nachmittags zu legen ist. Als solche besondere Verhältnisse kommen namentlich in Betracht eigenartige und nicht leicht zu beseitigende Kaufsgewohnheiten der landwirthschaftlichen Bevölkerung, ungünstige Lage der Anstufzeiten der den Verkehr in die kleineren Städte vermittelnden

den Bahnzüge, sowie die Thatsache, daß in Nachbargebieten deren Mitwirkung im Verkaufsgeschäft von Bedeutung ist, die Schlußzeit der Sonntagsbeschäftigung auf eine spätere Stunde gelegt wird.

Konkurrenz auf Kosten der Arbeiter. Die „Westf. Freie Presse“ schreibt: „Der Kanal Dortmund-Gmündhausen wird in nächster Zeit bei Lüdinghausen mit 800 Arbeitern in Angriff genommen. Die Ausführung der Erdarbeiten auf den Strecken Lippe-Nebergang und Steuer-Nebergang mit einer Erdbewegung von mehr als 1 1/2 Millionen Kubikmetern ist dem Unternehmer Mansart in Köln übertragen worden. Die Forderungen schwanken zwischen 70 Pfg. und 1,70 M. für den Kubikmeter. Das ist ein netter Unterschied. Wie aber ermögligen die Unternehmer es mit so geringen Forderungen wie der von 70 Pfg. heranzutreten? Nun, sie nutzen vor allen Dingen die herrschende Arbeitslosigkeit aus, insofern deren sie die Arbeitskräfte für ein Butterbrot haben können, weil ein Butterbrot den erwerbslosen ausgehungerten Glenden immer noch besser dünkt als garnichts, kein Brot, kein Obdach, keine Kleidung. Wäre die Organisation der Arbeiter gewaltiger ausgebildet, als es thatsächlich der Fall ist, so würde ein derartiges Sichunterbieten der mit einander konkurrierenden Unternehmer nicht in dieser Weise möglich sein. So aber schlägt die Unternehmerschaft heute noch auf der Verleumdung des Volkes Kapital.“

Die Kraftwirkung des Rheins auf der Strecke von Waldshut bis Mannheim entspricht, wie Hofrath Engler in der ersten bairischen Kammer mittheilte, bei niedrigem Wasserstande 120 000 Pferdestärken, zu deren Erzeugung 160—180 Millionen Zentner Steinkohlen erforderlich wären. Da Baden für Maschinenbetrieb und Heizwecke im Jahre 1890 nur etwa 2 1/2 Millionen Zentner Kohlen verbrauchte, könnte der Rhein circa sieben mal mehr Kraft liefern, als das Großherzogthum überhaupt bedarf.

Versammlungen.

In der Volkerversammlung für Schöneberg und Umgebung, welche am 13. Juni tagte, sprach Genosse Antrich aus Berlin über „Christenthum und Sozialismus“. Der Redner erwähnte vor Beginn seines Vortrags, daß diese Versammlung veranlaßt sei durch das Gebahren der Herren Pastoren ihm gegenüber, das sich in einer Versammlung des „Parochialvereins“ bemerklich gemacht hätte, wo man ihm als „Berliner“ das Wort entzogen habe. Heute, wo die Herren Pastoren zu dieser Versammlung eingeladen und auch erschienen wären, sollten diese sehen, daß die Sozialdemokraten toleranter seien als die Freunde des Pastors Jestrant. Im Vortrags selbst gab Redner einen geschichtlichen Ueberblick über Entstehung und Entwicklung des Christenthums, der insoweit nicht zu Gunsten desselben ausfiel, als es sich um Verrücktheit der vom Christenthum aufgestellten Forderungen praktischer Menschenliebe handelt. In der Diskussion ergriff zunächst Superintendent Vorberg das Wort, der — wie er äußerte — allerdings kein günstiges Urtheil über das Christenthum erwartet hatte. Dagegen freue es ihn, zu hören, daß im Grunde genommen das Christenthum nicht so schlecht sei, als daß es nicht mit dem Sozialismus in Einklang zu bringen sei. Mit denselben Rechte, wie man immer die Waffen für Alles in der Geschichte verantwortlich mache, könne man auch die heutigen Sozialisten für alle Greuel früherer Revolutionen verantwortlich machen. Sozialismus und Christenthum gehörten zusammen, wie im Vorbild Christi und seinem Evangelium die Wurzel in der Gleichheit vor Gott und dem Streben nach Wahrheit zu finden sei, daher werde einst der Sozialismus die Wahrheit des Evangeliums erfüllen. Die Genossen Käster, Daktig und Boh sprachten unter dem Beifall der Versammlung im Sinne des Referenten, während Prediger Straßeneck hervorhob, daß das Christenthum erst die Liebe in die Welt gebracht habe. Redner brach unter dem Unwillen der Versammlung für Luther, der vom Referenten abfällig beurtheilt worden war, eine Lanze und gab eine höchst unzutreffende Kritik unseres Parteiprogramms, sowie einiger theils persönlicher Neuerungen von Sozialdemokraten über Atheismus und Revolution, wobei er auf die Verhandlungen des letzten evangelisch-sozialen Kongresses hinwies, wurde aber von den Genossen Antrich und Jahn unter stürmischem Beifall der Versammlung widerlegt. Mehrere darauf folgende Redner ergänzten durch Anführung von zahlreichen Beispielen „christlicher Nächstenliebe“ die Ausführungen des Referenten. Nach einem weiteren Disput zwischen dem Referenten und dem Superintendenten Vorberg, welcher sein Einverständnis mit unserem Programm mit Ausnahme der „materialistischen Geschichtsauffassung“ ausspricht und das naive Bekenntniß ablegt, daß „wenn auch manche Pastoren im sozialistischen Sinne handeln wollten, sie gar nicht anders können, da ihnen ihr Thun und Handeln streng vorgeschrieben sei!“ Nach dieser pikanten Eröffnung gelangt mit allen gegen fünf Stimmen eine Resolution zur Annahme, in welcher unter Anderem gesagt ist, daß durch das Christenthum in seiner jetzigen Gestalt bez. durch die Kassen- und Sektentheorie wir keine Glückseligkeit erlangen und weder glückliche Menschen noch Brüder werden können, sondern nur der Sozialismus durch seine auf den Grundlagen der Wissenschaft aufgestellten Forderungen uns auf den Weg der wahren Menschenverbrüderung bringen kann, es demgemäß Recht und Pflicht eines jeden denkenden Menschen ist, die Religion zur Privatsache zu erklären und sich der Sozialdemokratie anzuschließen. Mit einem stürmischen Hoch auf die Sozialdemokratie wurde die von mehr als tausend Personen besuchte Versammlung, welche alsbald begeistert die Marschallaise anstimmte, geschlossen.

Die Mitglieder des Verbandes deutscher Maurer, Zahlstelle Berlin II, hörten am 12. Juni einen Vortrag des Zahnarztes Robert Wolf über das Thema: „Wie schätzt man sich gegen Schwindel?“ mit großem Interesse an und verschritten hierauf zur Verathung des Statuts. Die bezüglichen Anträge sollen formulirt dem Hauptvorstand unterbreitet werden. Als Kandidat zur Delegirtenwahl wurde der Kollege Wilhelm Kerkhan, Lübbenerstr. 2, bestimmt. Im Weiteren forderte man zur regen Theilnahme am Stiftungsfeste auf. Die nächste Mitgliederversammlung findet Mittwoch, den 6. Juli, Inselstraße 10, statt; in derselben erfolgt die Delegirtenwahl.

Im Verein zur Wahrung der Interessen der Berliner Knopfaber sprach am 12. Juni Herr Dr. med. Christeller über „Gewerkekrankheiten“. Der lehrreiche Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. An der Diskussion beteiligten sich u. A. die Kollegen Götting, Schubert, Spiess, Krause. Den freireisenden Webern Kitzdorfs wurden auf Antrag des Kollegen Spiess 50 M. aus der Kasse bewilligt. Sonntag, den 28. Juni, findet ein Familien-Ausflug nach Johannisthal, Restaurant Senftenberg statt. Abfahrt vom Görlitzer oder Schleifischen Bahnhof von Mittags 12 Uhr ab alle Viertelstunden.

Zu einer öffentlichen Drechslerversammlung ertheilte am 13. Juni der Vertrauensmann Herr Plagens für die Zeit vom 11. Januar bis zum 13. Juni folgende Abrechnung: Die geringen Bestände, welche am 11. Januar vorhanden waren, eingerechnet, betrug die Einnahme 154,57 M., die Ausgabe 143,45 M., so daß ein Ueberschuß von 11,12 M. geblieben ist. Nachdem Herr Plagens noch erwähnt hatte, die Agitationsarbeiten eifrig zu vertreiben und zu kaufen, wurde ihm auf Antrag der Redatoren Decharge ertheilt. Herr Post empfiehlt mit Rücksicht auf die miserable Lage der Kollegenschaft eine Kommission zu energischem Betreiben der Agitation zu wählen. Die

Kommission soll ihre Thätigkeit auch auf die Umgegend von Berlin erstrecken, aus welcher Drechslerwaaren in Menge nach Berlin kommen und hier die Preise und damit die Löhne drücken. Die Herren Karpe, Peier, Plagen, Sangershausen und Dost wurden in diese Kommission gewählt, und Herr Peier zum Kassierer bestimmt. Herr Raserhorn berichtete darauf über die Verhandlungen der Streik-Kontrollkommission und legte seinen Kollegen besonders ans Herz, den Streik der Weber in Rixdorf so viel wie möglich zu unterstützen. Da Herr Raserhorn sein Amt als Delegierter zur Streik-Kontrollkommission niederlegte, wurde für dieses Amt Herr Dost gewählt. Derselbe legte infolge seiner Wahl zum Mitgliede der Agitationskommission sein Amt als Revisor nieder; die Neuwahl wird die nächste Versammlung beschäftigen. Mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung ging die Versammlung auseinander.

Einer Versammlung von Wirtern und Wirkeinen erstattete am 13. Juni der Vertrauensmann Herr Gustav Janz den Rechenschaftsbericht. Nachdem er kurz die Schwierigkeiten berührt hatte, welchen die Agitation für die Einführung der Kontrollmarke bezw. des Kontrollstempels in der Wirkerie begegnet war, theilte er mit, daß am Freitag vor Pfingsten Herr Solberg, Mitinhaber der Firma Landen, ihm die Eröffnung gemacht habe, die Firma verzichte in Zukunft auf die Benutzung des Kontrollstempels, weil sie (angeblich) sich nicht immer von ihren Arbeitern vorhalten lassen wolle, daß sie mit der Marke nur Geschäfte zu machen beabsichtige und sie auch mache. Trotz der Zurückgabe des Stempels seitens dieser Firma werde — bemerkte der Redner — die Kontrollkommission in Chemnitz Alles zur Förderung der Einführung des Kontrollstempels versuchen. Nach diesen Ausführungen berichtete Herr Janz über die von ihm eingetommenen und ausgegebenen Gelder. Weil die Abrechnung noch nicht abgeschlossen ist, wird die endgiltige Abrechnung in einer späteren Versammlung erfolgen. (Es sind noch Gelder einzuziehen und ausstehende Rechnungen zu bezahlen.) Zum Schluß brachte Herr Häblich die letzten Beschlüsse der Streik-Kontrollkommission zur Kenntniß der Versammlung.

Eine öffentliche Versammlung von Filzschuharbeitern und Arbeiterinnen vollzog am 13. d. M. die Wahl von Vertrauensmännern aus Grund des erlassenen Auftrages der Berliner Vertrauensleute der auf dem Boden der losen Zentralisation stehenden Gewerkschaften und wählte als solche die Kollegen Dahmann und Zische. Im Weiteren diskutirte die Versammlung über die gewerkschaftliche Lage und die Arbeits- und Verhältnisse unter nochmaliger Berücksichtigung der Vergeltung Angelegenheit. Die Versammlung erklärte das Vorgehen der dortigen Zwider für gerechtfertigt und verpflichtete sich, bei ähnlichen Vorkommnissen bei irgend einem andern Fabrikanten auch voll und ganz hinter den betreffenden Arbeitern zu stehen. Kollege Köstel legte in der Versammlung sein Amt als Mitglied der Agitationskommission nieder. Die erforderliche Ergänzungswahl wurde bis zur nächsten öffentlichen Versammlung vertagt. Angeregt wurde auch die Einführung einer Kontrollmarke für die Filzschuhbranche, sowie die Wahl einer Kommission zur Ausführung der erforderlichen Vorarbeiten, doch wurde die Erledigung dieser Angelegenheiten auf eine spätere Zeit vertagt.

Eine „Kellnerinnen“-Versammlung, welche von Frau Dmoch arrangirt und nur von drei Kellnerinnen — die das Bureau bildeten — im übrigen von lauter Männern besucht war, verweigerte der Frau Dmoch mit 27 gegen 14 Stimmen bis auf Weiteres die Ertheilung der Decharge für den von ihr gegebenen Kassenbericht und nahm eine vom Kellner Oberst eingebrachte Resolution an, wonach die Berliner Arbeiterbewegung mit dieser von Frau Dmoch geleiteten Agitation Nichts zu thun habe und daher die dafür ausgegebenen Bous etc. von der Berliner Arbeiterschaft zurückzuweisen seien, da die seiner Zeit vom Vertrauensmann des 3. Berliner Wahlkreises geforderte Rechnungsstellung noch immer nicht erfolgt ist.

Landmannschaft der Schleswig-Bezirker in Berlin. Mittwoch, den 15. Juni, Abends 8½ Uhr, Sitzung mit Damen in den „Armin-Gallen“, Kommandantenstr. 20.

Kassenschatz und Herbe-Unterstützungskasse der Berliner Landwirthe. Samstag, den 18. Juni, Abends 8½ Uhr, bei der Kasse, Herbestraße 22, Sitzung. Jeder Mittwoch Abends 8½ Uhr.

Kassenschatz und Herbe-Unterstützungskasse der Berliner Landwirthe. Samstag, den 18. Juni, Abends 8½ Uhr, bei der Kasse, Herbestraße 22, Sitzung. Jeder Mittwoch Abends 8½ Uhr.

Arbeiter-Vereine in Berlin und Umgegend. Mittwoch, den 15. Juni, Abends 8½ Uhr, bei der Kasse, Herbestraße 22, Sitzung. Jeder Mittwoch Abends 8½ Uhr.

Arbeiter-Vereine in Berlin und Umgegend. Mittwoch, den 15. Juni, Abends 8½ Uhr, bei der Kasse, Herbestraße 22, Sitzung. Jeder Mittwoch Abends 8½ Uhr.

Sonntags-Abend 9 Uhr, bei der Kasse, Herbestraße 22, Sitzung. Jeder Mittwoch Abends 8½ Uhr.

Literarisches.

Bei der Redaktion eingegangene Schriften:
Kapital und Judenfrage, von Emil Rosenow. Verlag von G. O. Ludwig in Chemnitz. Die unter diesem Titel herausgegebene Broschüre paßt die Antisemiten in ihrer vollstehenden Thätigkeit, unterwirft das Agitationsmaterial der Abwardt, Liebermann und Konsorten einer kritischen Beleuchtung und zeichnet die Agitatoren mit ägender Schärfe als das was sie sind: Demagogen. Dabei entwirft sie ein lebenswahres Bild der Lage der Kleinbauern und Handwerker, beweist, daß die Antisemiten die Noth des Volkes nicht lindern werden, sondern stets dem Kapital, welches die Judenfrage gegen die Sozialdemokratie benutzt, in die Hände arbeiten und kommt zu dem Resultat: daß nur der Anschluß an die Sozialdemokratie das Volk aus der wirtschaftlichen Noth erlösen wird. Die stoffschriftliche Broschüre eignet sich sowohl des spannenden Inhaltes wie des billigen Preises (10 Pf.) wegen vorzüglich zur Agitation auf dem Lande und in Handwerkerkreisen. Wir wollen sie hiermit Allen empfohlen haben.

Im Verlage von G. Stomke in Bielefeld ist erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen: **„Die Bibel, ihre Entstehung und Geschichte“**. Eine historisch-kritische Abhandlung zur Aufklärung des arbeitenden Volkes von Domela Nieuwenhuis. Aus dem Holländischen ins Deutsche überf. von G. Harbers, Bände und Dr. Franz Diederich, Dortmund. 64 Seiten, Preis 40 Pf.

In dieser interessanten Schrift des ehemaligen holländischen Pastors wird geschildert, in welcher Weise die Bibel allmählich und auf ganz natürlichem Wege entstand, wie sie nicht zu verwenden sei und worin ihr wirklicher Werth besteht. Scharf geht der Verfasser mit denen ins Gericht, die, um den Autoritätsglauben zu stärken, die Bibel als das Werk ausbieten, in dem ein überirdisches Wesen, Gott, seine Gebote für die Menschen niedergelegt habe. Besonders das Kapitel, welches über die Benutzung der Bibel handelt, wird willkommen sein, denn es bietet für die Agitation in Gegenden, wo die Geistlichkeit die Bewohner in blindem Glauben zu erhalten sucht und die Bibel als Werkzeug zu diesem Bestreben benutzt, durchaus verwendbare Fingerzeige.

Wie tödtet man Bacillen? Von Ferdinand König, Halberstadt 1892.

Kirchliche Zeit- und Streitfragen zur sozialen Bewegung im heutigen England. Von Julius Berner. Verlag von Johannes Dreesen, Haderleben. Einzelheft 1,20 M. Jahresabonnement — 6 Heft — 6 M.

Vermischtes.

Hand Noth, dessen sonderbare Evolutionen seit seinem letzten Konflikt mit den amerikanischen Behörden viel Heiterkeit erregt haben, hat sich, nach den jüngsten Nachrichten, zu einem Schritt entschlossen, der allerdings sensationell genannt werden muß. Er hat den „Anarchismus“ für „Schwindel“ erklärt, und ist — in die Heilsarmee eingetreten. Er hofft es zum „General“ zu bringen. Als „Hauptmann“ oder vielleicht gar „Oberst“ der Heilsarmee will er Deutschland demnächst besuchen — er glaubt, daß man ihn in dieser Eigenschaft wohl kaum politisch verfolgen dürfte. So lautet die Nachricht, die allerdings für die älteren Freunde Noth's nicht gerade überraschend ist. Wir zweifeln trotzdem, wurden aber durch eine Rede, die der Ex-Anarchist vor vier Wochen in Baltimore gehalten hat, und deren merkwürdig jammer, fast demüthiger Text uns vorliegt, wenigstens von einem Theil unserer Zweifel kurirt.

Wieder Einige in Düsseldorf ist gegen die seit 3 Wochen rüchigen Inhaber der Firma Gebrüder Erwig, Johann und Rudolf Erwig, wegen betrügerischen Bankrotts und Fälschung Untersuchungshaft verhängt. Die Fälschungen sollen über eine Million betragen.

Eine wackere That haben, wie aus Grauden z berichtet wird, zwei Fischerkinder im Alter von 8 und 11 Jahren vollbracht. Am zweiten Pfingstfeiertage unternahm ein junger Mann mit einem Mädchen eine Kahnfahrt. Das Mädchen wurde durch einen Schlag des Segels (es herrschte starker Wind) aus dem Boot geworfen. Der mit ihrer Rettung beschäftigte junge Mann konnte das Kentern des Rahnes nicht verhindern. Ueber drei Stunden kämpften nun die beiden mit den Wellen, indem sie sich an das ungeliebte Boot anklammerten. Wiederholt sank das Mädchen unter. Endlich hörten zwei Fischerknaben die Hilferufe der Unglücklichen. Allein machten sie sich an die Rettung der beiden völlig Ermatteten, welche ihnen auch gelang. Selbst das Boot wurde von den Kindern geborgen. Das junge Mädchen liegt schwer krank danieder.

Ein Kampf um Leben und Tod fand dieser Tage, wie der Berliner „Lokalanzeiger“ berichtet, in einem Koussepe dritter Klasse des von Konitz nach Dirschau fahrenden Eisenbahnzuges zwischen einem Gefangenen und seinem Transporteur statt. Man schreibt darüber wie folgt: Der Transporteur Fredde hatte den wegen schweren Diebstahls zu Zuchthaus verurtheilten Einwohner Potraz aus Klein-Konitz nach der Strafanstalt Neuse abzuführen. Als der Zug die Station Frankensfeld passirt hatte, trat Potraz, dem es gelungen war, die seine beiden Hände schließende Eisenkette von der einen Hand abzukreuzen, in drohender Haltung auf den Transporteur zu und verlangte den Schlüssel zum Öffnen der um das andere Handgelenk gelegten Fesseln, welchem Verlangen natürlich nicht entsprochen wurde. Da schlug plötzlich Potraz mit einem bisher verborgen gehaltenen Feldstein F. auf den Kopf, welcher trotz des Blutverlustes sich auf den Gefangenen warf und denselben im Ringen so lange festhielt, bis der Eisenbahnzug die Station Hoch-Stüblau erreichte, wo ihm von dem Bahnpersonal Beistand zu Theil wurde.

Ein altes Geschäft. Die Winkelsche Buchdruckerei in Hof (Lohr Anzeiger) begeht im Juni das 250-jährige Geschäftsjubiläum. Die Firma ist bis dato in ein und derselben Familie gewesen.

Der Dampfer „Bromberg“, von dem es hieß, er sei bei Jordan infolge einer Kesselexplosion gesunken, ist der „Danziger Zeitung“ zufolge gestern wohlbehalten von Bromberg abgegangen. Die gegentheilige Nachricht war also falsch.

Die Erfindung der Streichhölzchen verdankt, wie das „Leipziger Tageblatt“ wissen will, man einem Chemiker Namens Kammerer aus Ludwigsdorf, welcher 1833 sechs Monate auf dem Schlosse Hohenasperg in Württemberg als Staatsgefänger weilte. Er genoss die Gunst des Festungskommandanten, we-

halb ihm dieser gestattete, in seiner Zelle ein kleines Laboratorium einzurichten. Hier kam Kammerer auf den Gedanken einer Verbesserung der bisherigen „Streichhölzchen“, die, an einem Ende mit Schwefel bestrichen, in ein Gläschen mit vitriolgetränktem Wasser eingetaucht wurden, aber nur zündeten, so lange die Fällung im Glase frisch war. Kurz vor seiner Erledigung aus der Gefangenschaft hatte Kammerer das Streichhölzchen, deren erstes er an seiner Zellenwand entzündete, erfunden. Auf freien Fuß gesetzt, wollte er seine Erfindung verwerten, aber bei damaligem Mangel eines Patentschutz-Gesetzes unterdrückten ihn bald Konkurrenzfabriken. Hierzu kam 1835 in mehreren deutschen Staaten ein Verbot der für gefährlich gehaltenen Streichhölzchen, das erst zurückgezogen wurde, als England sie zu fabriciren und nach Deutschland einzuführen begann. Kammerer hatte keinen Nutzen von seiner Erfindung, während Andere sich durch dieselbe bereicherten. Was er gefäß, hat er leider nicht geerntet und wurde obendrein als Demokrat verfolgt und angefeindet. Gebrochen und mit sich zerfallen starb er 1857 im Irrenhause.

Die Göthe-Gesellschaft trat am 11. Juni in Weimar zu ihrer diesjährigen Generalversammlung zusammen. Der Bericht über das Göthe-Archiv stellt eine werthvolle Erweiterung desselben durch Göthe's Briefe an Charlotte Buff (eine Stiftung der Familie Kistner), zahlreiche Briefe Wieland's, ferner den Nachlaß Otto Ludwig's, Mörike's, Hebbel's, Immermann's und Rückert's fest. Auch der Besitz des Göthe-Museums an Porträts und Zeichnungen ist erheblich erweitert.

Die Tausend von Marfala. In Brescia starb jüngst ein Veteran der italienischen Einigungskriege, der zu den „Tausend“ freiwilligen gehörte, die mit Garibaldi die Eroberung Siziliens unternahmen. Wie der „Frankf. Zig.“ aus Mailand geschrieben wird, hat bei dieser Gelegenheit ein Sonderling in Brescia eine Warnung erlassen. Er behauptet, daß unmöglich alle, die zu den „Tausend“ gehören wollen und von ihren Mitbürgern als Heroen verehrt werden, an dem Juge Garibaldi's Theilnehmen können. Und worauf stützt er diese Behauptung? Ganz einfach auf die von ihm festgestellte Thatfache, daß von den berühmten „Tausend“ nicht weniger als 4793 bereits gestorben und begraben sind.

Eine internationale Ausstellung für Brotfabrikations-, Bäckerei- und Kornmühlen-Maschinen, Hülsenfrüchte und Mehlprodukte wird vom 28. Juni bis 8. Juli in London abgehalten.

Durch einen Brand in einer Tauschule in Upper Holloway bei London, wobei das Haus einstürzte, wurden sieben Feuerwehrmänner verschüttet. Fünf davon wurden verletzt und zwei getödtet.

Explosion. Aus Baye (Frankreich) wird gemeldet: In einem englischen Petroleum-Reservoir-Schiff fand eine Explosion statt, infolge deren gegen 20 Personen getödtet worden sein sollen. Mehrere benachbarte Boote gingen in Flammen auf. Die Explosion soll durch einen Blitstrahl erfolgt sein.

Unglück auf den Schienen. In London erfolgte am Dienstag auf dem Bahnhof Bishopsgate ein Zusammenstoß zweier Züge, bei welchem fünf Personen getödtet und mehrere dem Arbeiterstande angehörige Personen mehr oder minder schwer verwundet wurden.

Schiffuntergang. Der 2900 Tonnen große Stahldampfer Ariel aus Hull, von Varna nach Hamburg mit Getreide beladen, ist durch einen Zusammenstoß mit dem Dampfer Lancashire gesunken. Die Mannschaft wurde nach Portland gerettet.

Ueber ein großes Unglück wird aus San Franzisko gemeldet: In der zur Herstellung von Granaten bestimmten Abteilung des See-Arsenals von Mare Island fand eine Explosion statt, durch welche zwölf Menschen getödtet und drei schwer verletzt wurden. Die Werkstatt wurde durch das Feuer zerstört.

Erdbeben sind in Griechenland in den letzten Tagen an verschiedenen Orten verspürt worden. Aus Theben wird der Einsturz zweier Häuser gemeldet, wobei eine Person um's Leben kam; die Einwohner kampiren dort im Freien.

Depeschen.

Brüssel, 14. Juni. Aus mehreren Orten Belgiens werden Wahlergebnisse gemeldet. In Antwerpen das Lokal des katholischen Vereines angegriffen. Veritene Gendarmerie vertheidigte mit gezogenem Säbel das Lokal. Die Menge riß das Pflaster auf und verwundete den Untersuchungsrichter. Mehrere Personen wurden durch Bajonettschläge verwundet. In mehreren katholischen Etablissements wurden Fenster zertrümmert. In Brüssel und Lüttich herrschte während des ganzen Tages lebhaftes Erregung. Mehrere Aufläufe fanden statt. In letzterer Stadt werden für heute Abend Manifestationen erwartet.

Barcelona, 14. Juni. Bei einem Zusammenstoß zwischen Militär und Auskändigem, in San Andres wurden ein Soldat und mehrere Arbeiter verwundet. Infolge der Verwendung von Truppen haben die Zusammenstöße in Barcelona an Schärfe und Zahl abgenommen.

Lissabon, 14. Juni. Das „Journal offiziell“ publizirt provisorisch, bis zur definitiven Entscheidung durch die Cortes, die Herabsetzung der Zinsen für die auswärtige Schuld auf ein Drittel des Betrages. Die Zinsen der vierprozentigen und der 4½prozentigen Rente, welche bis zum 1. April fällig werden, können, wie diejenigen für die innere Schuld, auch in Portugal gezahlt werden. Das Dekret ermächtigt die Regierung bis zum 31. Juli zur Konversion der auswärtigen Schuld in eine innere Schuld.

Chicago, 14. Juni. Gestern Nachmittag wurde Chicago und Umgegend von einem furchtbaren Orkan heimgesucht. Wie verlautet, sind sieben Personen getödtet und fünfzehn verletzt worden. Der durch den Orkan verursachte Schaden an Eigenthum wird auf mehrere hunderttausend Dollars geschätzt.

Briefkasten der Redaktion.

Spandau 100. Nachdem Ihre Verlobung rückgängig geworden ist, sind Sie zur Zurückgabe des Verlobungsringes moralisch und gesetzlich verpflichtet.

J. D., Köln. Das schriftliche Urtheil liegt uns bis jetzt nicht vor; wir können Ihnen daher die genaue Begründung desselben noch nicht mittheilen.

H. G. 120. Dem Wirth kann nicht allein die Konzeption entzogen werden, er kann auch noch eine Anklage wegen schwerer Kuppelrei erhalten.

Öfen 88. Wenn der Hauswirth die Kündigung angenommen und er die Wohnung bereits anderweitig vermietet hat, so muß er Sie ziehen lassen, obgleich der neue Mieter einziehen die Wohnung nicht benutzen will.

Gottfr., Steinbrunn. Die Sachen gehören dem Käufer. **N. 100.** Sie müssen sich an den Magistrat wenden.